Arbeiter-Zeitung

Freitag, 21. Februar 1930
12. Jahrgang. Nummer 44

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 0.60 Mk., monatlich 2.60 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2.60 Mk., unter Streifband 3.00 Mk. Anzeigenpreis: Die zehngespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 6 Pf. Reklamepreis: Die dreigespaltene Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Schluß der Inseraten-Annahme i. d. Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 12 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern"
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Str. 50, Tel. 560 31. Postscheckkonto: Breslau 544. Redaktion: Breslau, Trebnitzer Straße 50. Tel. 239 02. Sprechzeit der Redaktion von 12—13 Montags bis Freitags von 17—18 Uhr. Filialexpeditionen: Gleiwitz, Oberstr. 26, Tel. 4085; Oppeln, Adalbertstr. 11, Tel. 1884; Görlitz: Lunitz 6, Tel. 2384. Geschäftszeit: 8—19 Uhr. Gerichtsstand: Hauptverlagsort Breslau. Erscheinungsort Breslau. — Verlag: Schles. Verlagsgesellsch. mbH., Bresl. — Druck: „Beuthen", Kl. Breslau, Trebnitz, Str. 50

An alle Proletarier!

Arbeiter, Arbeiterinnen, Betriebstätige und Arbeitslose

Vier Millionen Arbeitslose liegen hungernd auf der Straße, Hunderttausende sind jeder Unterstützung beraubt. Aber auch die **betriebstätigen** Arbeiter können sich nicht mehr satteessen, denn die Verteuerung der wichtigsten Lebensbedürfnisse hat die Kaufkraft der elenden Löhne immer mehr gemindert.

In dieser Situation sind die Parteien, die die gegenwärtige Regierungskoalition bilden, dabei,

neue, ungeheure Lasten auf die Schultern des proletarischen Volkes

zu wälzen. Die Koalitionsregierung Müller-Severing hat auf Grund des Young-Planes ein innerdeutsches Programm aufgestellt, das alle bisherigen Plünderungsaktionen der deutschen Kapitalisten in den Schatten stellt. Den Besitzenden sind bereits Hunderte von Millionen an Steuern erlassen worden, aber das proletarische Volk soll durch Zoll- und Steuererhöhungen sowie durch den Abbau aller sozialen Leistungen einer beispiellosen Ausplünderung unterworfen werden. An der Spitze dieses Ausplünderungsfeldzuges stehen die Sozialfaschisten.

Der ADGB.-Vorstand fordert ein Notopfer der Arbeiter.

Er verlangt, daß der Steuerabzug vom Arbeitslohn erhöht werde. Die sozialfaschistische Partei arbeitet auf einen neuen Abbau der Arbeitslosenunterstützung sowie der Leistungen der Krankenkassen, der Angestellten- und Invalidenversicherung hin. Um diese Politik durchzuführen, wird der sozialfaschistische Terror gesteigert, überall werden Versammlungen und Demonstrationen der revolutionären Gewerkschaftsopposition von den sozialfaschistischen Polizeipräsidenten überfallen.

Der Sitz der Kommunistischen Partei in Berlin wurde von Zörgiebels Polizei überfallen, weil die Kommunistische Partei gegen die Teuerungs- und Aushungerungspolitik der Sozialfaschisten kämpft. Aus diesem Grunde erstrebt die SPD. das Verbot der KPD.

Der sozialfaschistische Terror gegen die revolutionäre Arbeiterschaft wird auch gesteigert, um entsprechend den Young-Abmachungen die verstärkten militärischen Rüstungen gegen die Sowjetunion durchführen zu können.

Die sozialfaschistische Presse fordert offen den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion und den Interventionskrieg der kapitalistischen Staaten gegen den ersten Arbeiterstaat. Die Müller-Regierung setzt in den neuen Etat

für Reichswehrzwecke 40 Millionen mehr ein als im Vorjahr.

Arbeiter, Arbeiterinnen! In dieser Situation muß sich das proletarische Volk gegen das Hunger- und Blutsystem zur Wehr setzen. Unter Führung der Kommunistischen Partei und der revolutionären Gewerkschaftsopposition formiert sich die Arbeiterklasse zur Gegenoffensive!

Klassengenossen und Klassengenossinnen! Mit aller Schärfe steht vor euch die Frage: **Diktatur der Bourgeoisie oder Diktatur des Proletariats!** Es gibt deshalb für die breiten Massen keinen anderen Ausweg, als den rücksichtslosesten Kampf bis zur Errichtung ihrer Herrschaft.

Der erste Reichskongreß und die Landeskongresse der revolutionären Gewerkschaftsopposition, auf denen 6000 bis 7000 Delegierte die arbeitenden Massen vertraten, haben den Weg gezeigt und die nötigen organisatorischen Maßnahmen für den Kampf getroffen. Der Kampf, der mit dem Ziel der revolutionären Zerreißung des Young-Plans durch die Diktatur des Proletariats geführt wird, richtet sich unmittelbar

gegen die Massenentlassungen, für den Siebenstundentag, für höhere Löhne, für Einreihung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß, für die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung, für Ausdehnung der Unterstützung auf alle Arbeitslosen und für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit.

Der Kampf muß in jedem Betrieb und **gemeinsam** von Betriebsarbeitern und Arbeitslosen geführt werden.

Am Internationalen Arbeitslosentag, am 6. März, am Internationalen Frauentag, am 8. März, sowie bei den bevorstehenden Betriebsrätewahlen müssen sich die Kraft und der Offensivgeist der Arbeiterschaft zeigen.

Am 6. März muß die Arbeiterklasse erneut und mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck bringen, daß sie sich das Recht auf die Straße nicht nehmen läßt.

Nur die gemeinsame aktive Kampffront der Arbeiter und Erwerbslosen, entschlossene Kampfsmaßnahmen durch gemeinsame revolutionäre Kundgebungen und Hungermärsche, durch die Verweigerung der Arbeitskraft und letzten Endes durch große politische Massenstreikbewegungen ist es möglich, gegen den Hunger- und Blutkurs zu kämpfen.

Am Internationalen Frauentag muß die gesamte Arbeiterschaft für die Forderungen der werktätigen Frau mobilisiert werden. Das Hungerdiktat der Bourgeoisie richtet sich ganz besonders gegen die werktätigen Frauen. In den Betrieben versuchen die Unternehmer in erster Linie die Löhne der Frauen herabzudrücken, den erwerbslosen Frauen soll zuerst die Arbeitslosenunterstützung restlos geraubt werden. Deshalb gilt es für die Arbeiterin in den Betrieben und auf den Stempelstellen, sich einzureihen in die revolutionäre Kampffront der Betriebstätigen und Erwerbslosen.

In allen Aktionen, in Streiks, in Demonstrationen, in Betriebsrätewahlen gilt es, die Arbeiterinnenforderungen mit größter Energie zu vertreten und die Arbeiterinnen selbst in alle Funktionen zur Leitung des revolutionären Gewerkschaftskampfes einzubeziehen.

Die kommenden Betriebsrätewahlen haben für die Stärkung der revolutionären Kampffront eine entscheidende Bedeutung. Nicht Organe des Klassenfriedens, der Arbeitsgemeinschaft, sondern solche des schärfsten revolutionären Klassenkampfes müssen die Betriebsräte sein. Auf breitester Grundlage und unter Teilnahme der gesamten Betriebsbelegschaft muß die Vorbereitung und Durchführung der Betriebsrätewahlen unter Leitung von **Wahlausschüssen** vorgenommen werden. In jedem Betrieb ein revolutionärer Wahlausschuß zur Organisierung und Durchführung der Wahl! In jedem Betrieb eine Liste der revolutionären Opposition!

Nur solche Arbeiter, die sich verpflichten, das Kampfprogramm der revolutionären Gewerkschaftsopposition durchzuführen, dürfen auf den roten Betriebsrätelisten kandidieren.

Die Vorbereitung und Durchführung der Betriebsrätewahlen muß ein gewaltiger Schritt sein in der Herausbildung der revolutionären Einheitsfront der organisierten und unorganisierten Arbeiter, der Erwachsenen, Jugendlichen, der Arbeiter und Arbeiterinnen und der Hand- und Kopfarbeiter. In diesen Wahlen:

Kein Kompromiß, kein Verhandeln, keine gemeinsamen Listen mit den Sozialfaschisten und ihren Helfershelfern, den Anhängern der Brandler, Thalheimer und Walcher.

Demokratische, christliche, sozial- und nationalfaschistische Betriebsräte und Funktionäre, die die arbeiterfeindlichen Taten der Severing und Zörgiebel billigen und verteidigen, die die verräterischen Losungen der **Graßmann** und **Leipart** unter den Massen propagieren, sind eben solche Feinde der revolutionären Arbeiterbewegung wie die Hermann Müller, Wels und Konsorten selbst. Die Verjagung dieser unteren Agenten der Severing, Grzesinski und Genossen aus ihren Betriebsrats- und Gewerkschaftsfunktionen ist eine der notwendigsten Maßnahmen zur erfolgreichen Organisierung der proletarischen Kämpfe.

Die gesamte Tätigkeit zum Internationalen Kampfestag der Erwerbslosen, zum Internationalen Frauentag und zu der Wahl revolutionärer Betriebsräte muß die Grundlage zur Organisierung und Auslösung von Streikkämpfen um die unmittelbaren Forderungen der Arbeiterschaft sein.

Arbeiter, Arbeiterinnen! Geht mit aller Kraft in die bevorstehenden Kämpfe hinein!

Erwerbslose! Zieht vor die Betriebe, sendet eure Delegationen in Belegschaftsversammlungen!

Betriebsräte! Revolutionäre Vertrauensleute! Arbeitet unter der Belegschaft zur Herbeiführung des engsten Kampfbündnisses mit den Erwerbslosen! Geht in alle Erwerbslosenversammlungen! Schickt eure Vertreter in die Erwerbslosenausschüsse und führt eure Belegschaft am 6. März zu gemeinsamen Kundgebungen mit den erwerbslosen Massen aus dem Betrieb.

Erwerbslose! Wählt euch in jeder Stempelstelle euren revolutionären Erwerbslosenausschuß! Verbreitet eure revolutionären Erwerbslosenzeitungen. Organisiert euch fester und führt euren Kampf gemeinsam mit den Betriebsarbeitern entschlossener.

Der internationale Aufmarsch der Erwerbslosen muß in engster Verbundenheit mit den Kämpfen der gesamten Arbeiterschaft zu einem wirksamen Schlag gegen die kapitalistische Rationalisierung, gegen den Young-Plan, gegen die Terrorgesetze werden.

Das Reichskomitee zur Förderung der revolutionären Gewerkschaftsopposition fordert die Arbeiter in allen Betrieben, auf allen Stempelstellen, in allen Gewerkschaftsversammlungen auf, unter breitester Massenmobilisierung der gesamten Arbeiterschaft revolutionäre Kundgebungen durchzuführen. Unter den Losungen der revolutionären Gewerkschaftsopposition muß eine breite Massenbewegung des gesamten Proletariats für den politischen Massenstreik gegen den Young-Plan, gegen den Belagerungszustand, gegen die Vorbereitungen des imperialistischen Krieges und zum Schutze der Sowjetunion durchgeführt werden.

Massen heraus!

Gegen das Blut- und Hungerregime der Müller-Regierung!
Kampf den Kapitalisten und Sozialfaschisten bis zur Beseitigung der Ausbeuterherrschaft, bis zur Errichtung der Diktatur des Proletariats!

Reichskomitee
zur Förderung der revolutionären Gewerkschaftsopposition.

Zollerhöhung für Tee und Kaffee ab 5. März

Berlin, 21. Februar. Das Reichskabinett beschäftigte sich in der gestrigen Sitzung mit einem Erlaß einer Verordnung über die Inkraftsetzung der Zollerhöhung für Kaffee und Tee. Der Reichsfinanzminister wurde beauftragt, die Verordnung sofort der Oeffentlichkeit zu übergeben. Sie tritt bereits am 5. März in Kraft. Der Reichsrat oder Reichstag sollen nicht erst befragt werden. Die Regierung verspricht sich eine Einnahme von 43 Millionen Mark. Diese 43 Millionen Mark werden in erster Linie die **Werktätigen** aufbringen müssen.

Aushungerung der Arbeitslosen

Berlin, 21. Februar. Die Verhandlungen des Reichsfinanzministers mit der Reichsanstalt und den Regierungsparteien werden fortgesetzt. Eine Einigung ist noch nicht erzielt. Es werden vier Hauptvorschläge zur Sanierung der Anstalt, d. h. zur **Verschlechterung der Unterstützungssätze**, gemacht. Als erstes will man durch „Reformen" 100 Millionen einsparen. Der zweite Vorschlag sieht eine Bevollmächtigung der Reichsanstalt vor, ohne Befragen der Regierung **Erhöhungen der Beiträge und Kürzungen der Unterstützungen** vorzunehmen. Der dritte Vorschlag fordert eine Erhöhung der Beiträge. Der vierte verlangt von den in „sicherer Stellung" stehenden Versicherten die Aufbringung eines „Notopfers" in Höhe von 100 Millionen Mark. Auf den Gedanken, die Ausgaben für die Reichswehr und Polizei einzuschränken, ist keiner der Regierungsparteien natürlich gekommen.

Vom Tage

Der Genosse Eildermann, Hauptredakteur an unserem Magdeburger Bruderblatt, ist verhaftet und zwangsweise zum Antritt seiner Strafe nach Bremen überführt worden.

Die sogenannte Zollfriedenskonferenz setzt ihre Beratungen fort. Aussicht auf irgendein praktisches Ergebnis besteht nicht. Die allgemeine Aussprache wurde vorerst abgeschlossen und mehrere Ausschüsse eingesetzt. Die Wiederaufnahme der Konferenzverhandlungen steht noch nicht fest.

Die Zahl der ausgesteuerten Erwerbslosen, die ausschließlich auf die Wohlfahrtsunterstützung angewiesen sind, steigt von Woche zu Woche. Nach einer Mitteilung des Deutschen Städtetages ist die Zahl der Ausgesteuerten im Laufe des Monats Januar um 12 Prozent gestiegen und beträgt in den Städten mit mehr als 25 000 Einwohnern rund 250 000 Personen.

Protestdemonstration in Hindenburg gegen Polizeiüberfall auf Karl-Liebknecht-Haus

Hindenburg, 21. Februar. In den Abendstunden **demonstrierten** im Stadtteil Nord **Hunderte von Arbeitern** gegen den Polizeiüberfall auf das Karl-Liebknecht-Haus in Berlin. Die Demonstranten wurden von Passanten und aus den Häusern heraus mit „Rot-Front"-Rufen stürmisch begrüßt.

Die Görlitzer Arbeiterschaft steht zur KPD.

Görlitz, 21. Februar. Gestern fand in Görlitz eine von der Kommunistischen Partei einberufene Versammlung statt. Der Saal des Konzerthauses war überfüllt. Der Genosse Brandt aus Breslau hielt ein zweistündiges Referat, das mit Begeisterung und stürmischem Beifall aufgenommen wurde. In der Diskussion sprachen vier parteilose Arbeiter, die sich vorbehaltlos zur Kommunistischen Partei bekannten. Eine Entschließung gegen den Polizeiterror, insbesondere gegen den Ueberfall auf das Karl-Liebknecht-Haus in Berlin, wurde einstimmig angenommen. Mit „Rot-Front"-Rufen und gemeinsamem Gesang fand der Verlauf ma. ein deutlicher Beweis dafür, daß die Görlitzer der Internationale wurde die Versammlung geschlossen. Die Arbeiterschaft bereit ist, unter Führung der Kommunistischen Partei den Kampf gegen alle Feinde des Proletariats aufzunehmen.

Der 24. KPD.-Redakteur eingekerkert

Reichsgericht prophezeit vor der Verhandlung: „Besonders hohe Strafe" für „Rote Fahne"-Redakteur — Genosse Schiff stellt sich und wird „wegen Fluchtverdachts" verhaftet — Verfahren gegen Redakteur des „Ruhr-Echo" unter Bruch der Amnestie

Der 4. Strafsenat des Reichsgerichts hat den Haftentlassungsantrag des Genossen Slang, der bekanntlich am 7. Februar nach Selbststellung in Berlin verhaftet wurde, abgelehnt. **Ist schon die Verhaftung „wegen Fluchtverdachts" etwas Ungeheuerliches, so ist die Ablehnung des Haftentlassungsantrags und die auf diesem Beschluß fußende Begründung etwas einzig Dastehendes an Zynismus und Provokation seitens des Reichsgerichtes.**

Als wichtigster Grund für die Ablehnung der Haftentlassung wird in dem von dem berüchtigten Herrn Lorenz gezeichneten Beschlußschreiben folgendes angeführt:

„Der vorliegende Fluchtverdacht wird deshalb noch vermehrt, weil der Angeschuldigte seine verbrecherische, besonders staatsgefährliche Tätigkeit trotz Zustellung der Anklage vom 11. Dezember 1929 fortgesetzt und deshalb eine besonders hohe Strafe zu erwarten hat."

Man bedenke: Bevor überhaupt noch die Verhandlung begonnen hat, elf Tage nach der Verhaftung des Genossen Slang, „prophezeit" das Reichsgericht, dessen Richter ihr Urteil fällen werden, dem kommunistischen Redakteur in frecher Offenheit eine besonders hohe Strafe.

Der vierte Redakteur der „Roten Fahne" verhaftet

innerhalb der letzten drei Wochen

Mannheim, 20. Februar (Eig. Bericht). Der Redakteur der „Roten Fahne", Genosse Schiff, der früher als Redakteur unseres Mannheimer Bruderblattes tätig war, wurde heute früh in Mannheim verhaftet und wegen Fluchtverdachts festgehalten.

Der Genosse hatte sich zu zwei kleinen Beleidigungsprozessen eigens von Berlin nach Mannheim begeben und dem Gericht gestellt, trotzdem erfolgte Verhaftung wegen Fluchtverdachts.

Die Arbeiterschaft fordert mit uns: Heraus mit den verhafteten Redakteuren!

Strafverfolgung unter Bruch der Amnestie

gegen Genossen Reinhard, Redakteur des „Ruhrecho"

Essen, 20. Februar (Eig. Bericht). Das Amtsgericht in Jena hat die Hauptverhandlung gegen den Redakteur der kommunistischen Ruhrpresse, Genossen Reinhard (Abusch) wegen Paßvergehens auf den 24. Februar festgesetzt. Die dem Genossen zur Last gelegten Taten unterliegen der Amnestie gemäß dem Gesetz vom 14. Juli 1928.

Seit 1923 verfolgte die Augsburger Staatsanwaltschaft den Genossen Reinhard wegen Vorbereitung zum Hochverrat. Der Genosse sah sich infolgedessen gezwungen, sich im Jahre 1925 bei der Jenaer Paßstelle einen Paß auf falschen Namen ausstellen zu lassen, um seiner Tätigkeit als Redakteur der „Neuen Zeitung" in Jena ungehindert von den Verfolgungen der Klassenjustiz nachgehen zu können. Im Jahre 1927 wurde das Hochverratsverfahren gegen ihn niedergeschlagen. Daraufhin meldete sich Genosse Reinhardt wiederum vollständig legal an, wodurch den Behörden bekannt wurde, daß er einen falschen Paß besessen hat.

Im Juni vorigen Jahres erfolgte die Verhaftung unseres Genossen auf eine Denunziation der sozialdemokratischen „Volkswacht" hin.

Die Staatsanwaltschaft mußte aber den Haftbefehl aufheben, weil erwiesen war, daß es sich um eine politische Tat handele, die unter das Amnestiegesetz falle.

Wenn trotzdem das Verfahren fortgeführt wurde und jetzt die Hauptverhandlung angesetzt wird, so ist dies ein glatter Bruch des Amnestiegesetzes, der selbst nach den bürgerlichen Rechtsbegriffen in keiner Weise gerechtfertigt ist. Es ist ein Bruch desselben Amnestiegesetzes, unter dem vor wenigen Tagen erst die **Überführten Tscherwonzenfälscher freigesprochen wurden.**

★

Mit der Verhaftung des Genossen Schiff ist die Zahl von 24 verhafteten kommunistischen Redakteuren erreicht. Die Regierungs- und Justizinstanzen im Reiche Hermann Müllers sind längst auf das Republikschutzgesetz abgestimmt. Jeder Tag bringt neue Meldungen über immer unerhörtere, immer zynischere Uebergriffe gegen Kommunisten und sympathisierende revolutionäre Arbeiter. Sind doch in der Zeit, in der die Justiz 24 kommunistische Redakteure hinter Schloß und Riegel setzte und über 50 Hochverratsverfahren anstrengte,

70 Überführte Bombenwerfer freigelassen worden.

In Freiheit wurden sie gesetzt nur aus dem Grunde, weil sie als Faschisten für die Sozialdemokratie viel zu wertvoll sind, als daß sie im Gefängnis gehalten werden.

Es kennzeichnet die ganze Verlumptheit des „Vorwärts", wenn er in dieser Situation mit zufriedenem Behagen und großer Aufmachung 17 Beleidigungsprozesse gegen die „Rote Fahne", die teilweise von seinen eigenen Parteigenossen angestrengt wurden, aneinanderreiht und sich noch dessen rühmt. Der „Vorwärts" will seiner Tradition nicht untreu werden. **Er ist und bleibt das Blatt der Achtgroschenjungen, Provokateure, Blutrichter und Arbeitermörder.** So ein Blatt hat allerdings keine Verfolgung durch Gericht und Bourgeoisie zu befürchten!

Auf den systematischen Verfolgungs- und Knebelungsfeldzug von Polizei und Justiz im ganzen Reiche gegen die Kommunistische Partei und ihre Presse antwortet die Arbeiterschaft mit immer entschlosseneren Abwehrmaßnahmen.

Die Solidaritätsaktionen der Betriebe und Stempelstellen, die Masseneintritte in die Kommunistische Partei, die hunderte neuer Abonnenten im ganzen Reich, das sind die Quittungen, die die Arbeiter dem Sozialfaschismus ausstellen.

Diese Protestbewegung muß zur noch mächtigeren Woge anschwellen. In allen Betrieben und Stempelstellen wird die Arbeiterschaft Abrechnung halten mit den Vertretern der Zörgiebel-Severing-Partei, die diese Schandtaten provozieren und decken. Mit der Wahl von tausenden roten Betriebsräten wird die Arbeiterschaft den Sozialfaschisten heimzahlen!

Notschrei eines SPD.-Betriebsrats der AEG. Hennigsdorf:

Partei verbürgerlicht, wir kämpfen für eine Brotrinde, die Genossen oben tanzen

Die Berliner „Rote Fahne" veröffentlicht einen Brief eines SPD.-Betriebsrates der AEG.-Hennigsdorf, den ihm dieser zum Abdruck übersandt hat, „damit die unzufriedenen SPD.-Genossen anderer Betriebe, deren Meinung niemals im „Vorwärts" Ausdruck findet, erfahren, was bei uns vorgeht":

„Am 10. Februar fand unser Zahlabend im 6. Kreis statt, wo Genossin Käthe Kern ein Referat über „Wirtschaftsdemokratie" hielt. Sie sprach lang und breit über die Errungenschaften der Revolution, besonders was die Betriebsräte anbetrifft und schloß mit der Forderung: „Mehr Wissen für die Arbeiterschaft, weil Wissen Macht ist".

Diese allgemeinen, tausendfach gehörten, auf die lebendige Wirklichkeit der Lage der Arbeiterschaft kaum eingehenden Ausführungen lösten bei den Anwesenden, soweit sie wirkliche Arbeiter waren, Unzufriedenheit aus. Das kam besonders zum Ausdruck in den Ausführungen eines Genossen, der

Betriebsrat in der AEG.-Hennigsdorf, Abteilung Lokomotivbau

ist. Erbost über das langweilige Referat, erklärte er:

„Als Betriebsrat der AEG.-Hennigsdorf kann ich schon ein Lied von dieser schönen Wirtschaftsdemokratie singen. Was nutzen uns solche wohlvorbereiteten Referate?

Die Institute, von denen die Genossin sprach, das Arbeitsministerium, der Reichswirtschaftsrat, die Statistiken sind für die Arbeiter ein Dreck, wir hungern und kämpfen für eine Brotrinde, das ist die Wirklichkeit, da hilft nur brutale Macht, wenn es uns besser gehen soll.

Was habe wir denn — die Referentin soll doch ehrlich sein — noch zu sagen als Betriebsräte im Betrieb? Da ist der Meister, da ist der technische Leiter, da ist der ganze Apparat — und zu sagen hat nur der Spardiktator. Wie der die Macht übernahm, hat er alle zusammengerufen und hat erklärt: Wer nicht pariert, der fliegt! (Zuruf: „Hat er einen Helm?") Er kann sich ja vom Genossen Zörgiebel einen geben lassen!

Aber was machen denn Partei und Gewerkschaften gegen die immer trostloser werdenden Zustände? Warum kämpfen die Gewerkschaften nicht mehr dagegen an, mit genauen Richtlinien und ebenso brutalen Machtmitteln? Genossen, entschuldigt, wenn ich so spreche. Ich bin kein Referent; aber wenn ich so den Zahlabend sehe und das alles höre, immer kann man das nicht ruhig schlucken.

Die Partei verbürgerlicht, wir sind zu satt geworden und die da oben halten ihre Stellung. Unsere Genossen lassen sich in Lackstiefeln und Smoking photographieren. Sie tanzen von einem Ball zum anderen und jetzt machen sie noch Bierabende. Das ist doch kein Klassenkampf mehr!

Ihr könnt Euch ja kein Bild machen, wie es heute im Betrieb zugeht. Sie schmeißen ja nicht nur die raus, die ein oder zwei Jahre drin sind, sondern die, welche seit 18, 20 und mehr Jahren im Betrieb stehen. Genossen, Ihr hier beim Zahlabend könnt Euch vielleicht gar nicht mehr vorstellen, wie es im Betrieb aussieht (!) und wie denen zumute ist, die aufs Pflaster fliegen. Wir müssen zu den Führern der Verbände und der Partei das tiefste Mißtrauen haben!"

Unter dem Eindruck dieser Worte mußte ein anderer Diskussionsredner, Genosse Pröler, der auch Betriebsrat und zwar bei Ullstein ist, feststellen, daß er zwar als Gewerkschaftler nicht mit dem Kollegen von der AEG.-Hennigsdorf übereinstimme, daß dieser aber in vielem anderen Recht habe. Wozu sind die Bierabende? Was ist allein hierbei einzusparen!

Die Kommunisten haben nicht Unrecht,

wenn sie sagen, die Doppelexistenzen der großen Pensionierten müssen verschwinden, nicht die Doppelexistenzen, über die bei uns so viel gesprochen und geschrieben wird, wenn Mann und Frau zusammen 200—300 M. verdienen, was sie ja im Monat brauchen.

Im Schlußwort mußte die referierende Dame, nachdem auch noch die Genossen Roschak und Knauer gesprochen hatten, darauf nur folgendes zu antworten: „Der erste Diskussionsredner hat sehr nach den Richtlinien der Kommunisten gesprochen. (Zuruf: „Dann wirds bald viel Kommunisten geben!") Man soll nicht alles herunterreißen, die Genossen oben sind wirklich in keiner beneidenswerten Lage. Die Frage ist zu prüfen, ob nicht Arbeitszeitverkürzungen stattfinden können. Resolutionen sind von den Gewerkschaften genug verfaßt worden; aber Genossen, bedenkt, wir können die Schwierigkeiten unserer Genossen in der Regierung nicht noch vergrößern.

Es bleibt nur übrig: die Arbeiter müssen sich nur bilden und schulen, vor allem die Betriebsräte, dann kommen wir zur Macht (!). In kurzer Zeit wird eine Betriebsobmännerversammlung stattfinden, damit die führenden Genossen in den Parlamenten die unverfälschte Stimme der Arbeitergenossen hören." (Das muß ja eine schöne Komödie werden! Red. „R. F.")

Wir haben diesem Brief des SPD.-Genossen kein langes Kommentar hinzuzufügen.

Das ist die SPD., wie sie leibt und lebt.

Die Führer verbürgerlicht, satt, verbildet, in Lackschuhen, bei Tanz und Sekt, brutal und blutig gegen das gewöhnliche Arbeitervolk. Wie können Arbeiter, die „hungern und kämpfen um eine Brotrinde", die aussprechen: „Da hilft nur brutale Macht, wenn es besser werden soll" — wie können sie noch Mitglied dieser Zörgiebel- und Brolat-Partei sein?

Die „Rote Fahne" fordert alle ehrlichen SPD.-Arbeiter, die nicht korrumpiert sind, die ihre Gesinnung nicht für einen winkenden Posten verkaufen, auf, uns zu schreiben, warum sie noch an dieser verfluchten SPD. hängen, warum sie sich nicht in Reih und Glied der Kommunistischen Partei anschließen. Wir sind bereit, eine breite Diskussion darüber in der „Roten Fahne" zu führen.

Vor der Youngplan-Koalition in Sachsen

Die sächsische Bünger-Regierung wurde gestürzt. Sie war eigentlich nur eine Minderheitsregierung, deren Existenz von den fünf Stimmen der Nationalsozialisten abhing. Da die Firma Bünger und Co. den Young-Plan bejahte, waren die Nazis aus Furcht vor ihren Wählern gezwungen, gegen sie Stellung zu nehmen. Unter dem Druck der kommunistischen Opposition wurde die Regierung dann auch erledigt. Doch was wird nun werden?

Das Zentralorgan des Zentrums, die „Germania" diktierte gestern den „linken" Sozialdemokraten die politische Marschroute; sie schrieb:

„Es ist unverantwortlich, in der Weise, wie es in Sachsen und Thüringen geschieht, den Nationalsozialisten die Zersetzungsarbeit am republikanischen Staate zu erleichtern! Das **sollte sich vor allen Dingen die sächsische Sozialdemokratie** hinter die Ohren schreiben . . . Nicht nur, daß die sächsische Sozialdemokratie nie den Mut fand, die Initiative zur Bildung **einer gerade in diesem Industrielande (!) notwendigen Koalition der Mitte** zu ergreifen . . ."

Sie haben sich diese Worte der „Germania" hinter die Ohren geschrieben, die Herren „linken" Sozialdemokraten. Jetzt haben sie Mut zur Koalition der Mitte! Die fortschreitende Radikalisierung der Massen zwingt sie, sich als aktive Feuerwehrleute neben Hermann Müller vor die Burgen der Trusts zu stellen.

„Was die Sozialdemokratie tun wird?" fragt die „Leipziger Volkszeitung", um dann zu antworten:

„Sie muß selbstverständlich prüfen, ob und wie die Wiederkehr einer Nazi-Regierung vermieden werden kann."

Das heißt zu gut deutsch: Große Koalition ist unsere Losung! Tatsächlich veröffentlicht der heutige „Vorwärts" eine Meldung, nach der der Bezirksverband der SPD. Leipzig beschlossen hat,

„daß die Sozialdemokratie in der jetzigen politischen Situation zu Verhandlungen über die Herstellung der Großen Koalition in Sachsen bereit sein müsse. Ein entsprechender Beschluß wurde gegen eine Stimme gefaßt."

Also in der jetzigen politischen Situation wollen die „linken" Sozialdemokraten die von ihnen so viel geschmähte große Koalition in Sachsen errichten. Die jetzige Situation steht im Zeichen des verschärften Klassenkampfes für und wider den Youngplan. Also nur im Interesse der bedingungslosen Durchführung der räuberischen und sowjetfeindlichen Youngplan-Politik wollen die „Linken" in die große Koalition. Ausdrücklich erklärte ja auch der linke Phrasendrescher und Antibolschewist Böchel im Namen der SPD. in der letzten sächsischen Landtagssitzung, daß die Sozialdemokratie „für die Unterzeichnung der Haager Gesetze eintritt".

Nur um an die Stelle der zur Durchführung dieser Hunger- und Kriegspolitik unfähigen Bünger-Regierung ein starkes Kabinett der großen Koalition zu setzen, hat also die Sozialdemokratie in Sachsen mit gegen das Kabinett Bünger gestimmt. Während die SPD. hinter den Kulissen um die Erweiterung der sächsischen Regierung im Interesse des räuberischen Sklavenpaktes verhandelt, mobilisiert die Kommunistische Partei die werktätigen Massen zum Kampf um die Auflösung dieses Parlaments und die Durchführung von Neuwahlen, die im Zeichen der Massenmobilisierung gegen den Youngplan und alle mit ihm zusammenhängenden Hunger-, Kriegs- und Terrormaßnahmen der Trustbourgeoisie und des Sozialfaschismus stehen müssen.

Arbeiter stürmen Verwaltungsgebäude

Kundgebungen in ganz Griechenland — Athens Bürgermeister droht mit Bewaffnung sämtlicher Beamten

Athen, 19. Februar. Gestern fanden in ganz Griechenland Massenkundgebungen statt. Die Arbeiter protestierten gegen die dauernden Verfolgungen und die Verhaftungen revolutionärer Führer und propagierten den Generalstreik gegen das Verbot der roten Gewerkschaften Griechenlands.

In Athen waren Versammlungen und Demonstrationen von besonderer Wucht. Immer wieder entrollten sich trotz der blutigen Polizeiattacken rote Fahnen und Transparente mit den Forderungen der Arbeiter und Bauern. Immer von neuem erschallte der Ruf: „Es lebe die Sowjetunion!"

Ein Demonstrationszug begab sich vor das Rathaus und wollte dort die Forderungen der Manifestanten vorbringen. Als der Bürgermeister drohte, Polizei einzusetzen, stürmte die Menge das Verwaltungsgebäude. Die Einrichtung ging dabei in Trümmer. Die Akten wurden zerrissen. Es kam zu schweren Kämpfen mit der Polizei. Erst nach einer Stunde verließen die Arbeiter das Verwaltungsgebäude. Einige Stunden später ereigneten sich wieder harte Zusammenstöße. Die Polizeibanden schossen scharf in die Menge hinein.

Der Bürgermeister kündigte die Bewaffnung des gesamten Verwaltungspersonals an, was bei den Arbeitern einen Sturm der Empörung auslöste und zu neuen Kundgebungen führte.

Steigert die Vorbereitungen zum 6. März

Verbot des Aktionsausschusses wirkungslos

Brünn, 19. Februar. Die tschechische Polizeidirektion verbot sämtliche Versammlungen der Arbeitslosen und löste deren Aktionsausschuß auf. Trotz außerordentlicher Polizeimaßnahmen kamen die Arbeitslosen sofort nach Bekanntwerden des Verbots zu einer Massenversammlung zusammen. Auf der Versammlung herrschte gegen die Auflösung des Aktionsausschusses große Empörung. Die Arbeitslosen versprachen, mit allen Kräften den 6. März, den internationalen Kampftag gegen die Welterwerbslosigkeit, zu organisieren.

Der Polizei gelang es nicht, diese Versammlung aufzulösen. Nach Schluß der Massenkundgebung verhaftete sie einen Arbeiter. Darauf teilten sich die Erwerbslosen in zwei Gruppen: Eine Demonstration begleitete den verhafteten Genossen unter lauten Zurufen bis zum Polizeikommissariat, die übrigen Arbeitslosen veranstalteten Kundgebungen in den Straßen der Stadt.

Glänzender Auftakt zum 6. März

Riesendemonstrationen gegen Entlassungen

Prager Arbeiter im Kampf gegen Polizeibrutalität — Kommunistische Abgeordnete verhaftet

Prag, 19. Februar. Vor dem Skoda-Werk fand heute eine mächtige geschlossene Demonstration der Arbeiterschaft gegen die Entlassung von Arbeitern aus den Skoda-Werken statt, und zwar vor dem sogenannten Koranda-Tor, wo der Abgeordnete Genosse Dvorak zu den Massen sprach. Ungefähr dreitausend Arbeiter hörten den Ausführungen des Genossen Dvorak zu und unterbrachen ihn ständig durch stürmische Beifallskundgebungen.

Als Genosse Dvorak ungefähr 20 Minuten gesprochen hatte, traf die Polizei ein, um ihn zu verhaften, was die Arbeiter jedoch nicht zuließen. Erst als Polizeiverstärkung angekommen war, konnte Genosse Dvorak festgenommen werden. Die Abführung des Genossen Dvorak zur Polizeidirektion gestaltete sich zu einem imposanten Demonstrationszuge, da die Massen Genossen Dvorak, der sich auch nach seiner Verhaftung in seiner Rede nicht unterbrechen ließ und weitersprach, in mächtigem Zuge bis zur Polizeidirektion begleiteten.

Eine zweite Kundgebung fand vor dem Bahnhof statt, wo der Abgeordnete Génosse Novotny zu etwa 2000 Arbeitern sprach. Genosse Novotny sprach ungefähr eine Viertelstunde. Auf brutalste Weise versuchten uniformierte Polizisten und Polizeispitzel in Zivil die Demonstranten auseinanderzutreiben.

Ein Mitglied des Betriebsausschusses des Skoda-Werkes versuchte, zu der Arbeiterschaft von einem Brückengeländer zu sprechen, wurde aber von der Polizei heruntergerissen und verhaftet. Außerdem wurden noch vier Arbeiter verhaftet. Auch hier folgten die Demonstranten den Verhafteten geschlossen bis zur Polizeidirektion. Abgeordneter Genosse Novotny intervenierte wegen ihrer Freilassung, es wurde jedoch nur Abgeordneter Genosse Dvorak freigelassen, und die übrigen ins Polizeigefängnis überführt.

Sodann hielt der Sejm-Abgeordnete Gretzli eine Begrüßungsrede.

Unter dem Vorwand, die Rede Gretzlis trage staatsfeindlichen Charakter, erklärten die anwesenden Polizeikommissare den Kongreß für geschlossen und forderten die Delegierten auf, den Saal zu verlassen.

Der Abgeordnete der „Selrob", Walnitzki, protestierte gegen die Schließung des Kongresses. Nachdem sprach der Abgeordnete Woikowitsch über den Kampf der Bauernmassen Polens für die Schaffung einer Arbeiter- und Bauernregierung.

In diesem Augenblick drangen eine Menge mit Gewehren bewaffnete Polizisten in den Saal ein und begannen, mit den Gewehrkolben auf die Anwesenden einzuschlagen. Viele Delegierte wurden verletzt, ein Delegierter trug einen Armbruch davon. Bei den meisten Verletzten wurden Schädelbrüche festgestellt.

Die Polizisten sperrten die Treppe. Die Kongreßdelegierten, die das Gebäude verlassen wollten, wurden mißhandelt, darunter auch die Abgeordneten der „Selrob". Augenzeugen berichten, daß trotz der gewaltsamen Auflösung des Kongresses die Begeisterung und Standhaftigkeit der Kongreßdelegierten unbeschreiblich war. Nach den blutigen Ausschreitungen der Polizei fanden auf der Straße Arbeiterdemonstrationen statt.

Polnische Schupo löst Bauernkongreß auf

Warschau, 18. Februar. Am 15. Februar trat in Lwow der Kongreß der Linken-„Selrob" zusammen. Insgesamt waren 250 Delegierte eingetroffen. Zunächst wurde die Wahl des neuen Zentralkomitees der Linken-„Selrob" vorgenommen.

Kirchenhetze gegen die Sowjets in den USA.

Neuyork, 18. Februar. Die protestantischen, katholischen ud jüdischen Religionsgemeinschaften organisieren gemeinsam die sowjetfeindliche Kampagne wegen der angeblichen „religiösen Verfolgungen" in der Sowjetunion; selbst die gesetzgebenden Versammlungen schließen sich dieser infamen Hetzbewegung an.

Die Sektion des „Bundes der Freunde der Sowjetunion" in den USA. beruft im ganzen Lande Betriebsdelegiertenkonferenzen ein und hält überall Versammlungen ab, in denen der wahre Sachverhalt über die „religiösen Verfolgungen" dargelegt wird.

In Neuyork wird am 16. März, d. h. an dem Tage, der für die kirchlichen Bittgottesdienste vorgesehen ist, in dem größten Saal der Stadt vom Bund der Freunde der Sowjetunion eine Kundgebung abgehalten werden.

Sekretär der RH. Englands im Gefängnis

London, 19. Februar. Der Sekretär der R. H. Englands, Bob Lovell, der vor einigen Tagen während einer Versammlung verhaftet wurde, ist in das Gefängnis in Cardiff eingeliefert worden, um verschiedene Strafen abzusitzen, die ihm von der Mac Donald-Regierung für seine Tätigkeit in der Roten-Hilfe-Bewegung zudiktiert wurden.

Die Rote Hilfe Englands bringt ihrem Vorkämpfer hinter den Gefängnismauern die Grüße der revolutionären Arbeiter, indem sie vor dem Gefängnis Demonstrationen für seine Freilassung organisiert.

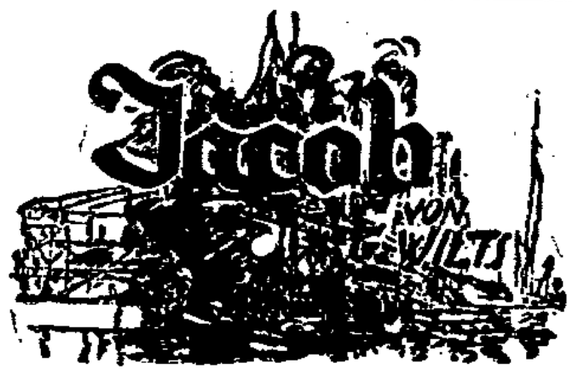
Mitglieder-Rebellion in der Labour Party

London, 19. Februar. Der englische Ministerpräsident Macdonald ist aus der unabhängigen Arbeiterpartei ausgetreten. Gleichzeitig verlautet, daß auch andere Mitglieder der unabhängigen Arbeiterpartei in führenden Staatsstellen ihren Austritt erklären werden.

Die Labour Party hielt am Mittwoch in London eine Sitzung ab, die sich mit dem Arbeitslosenproblem beschäftigte. Bekanntlich wachsen die Arbeitslosenziffern in England von Woche zu Woche und demzufolge auch die Erbitterung der Bevölkerung über die Regierung. Die „Arbeiter"-Regierung zeigt ihre ganze Unfähigkeit, ihr bedingungsloses Zusammengehen mit den Industriellen in der Behandlung dieses Problems. Bezeichnenderweise waren weder Macdonald noch der Arbeitsminister Thomas zu dieser Aussprache erschienen. Die sogenannte „Linke" machte einen scheinheiligen heftigen Vorstoß gegen Macdonald und Thomas, um so die ungeheure Erregung und die Rebellion in den Mitgliedermassen der englischen Arbeiterpartei noch einmal aufzufangen. Es kam in dieser Sitzung zu heftigen Auseinandersetzungen. Der Austritt Macdonalds und anderer führender Politiker des englischen Königreichs wurde mit Recht als der Zerfall dieser ehemals stärksten Gruppe der Arbeiterpartei und als Zeichen der vollständigen Verbürgerlichung der führenden Sozialdemokraten angesehen, die diese ihre Entwicklung schon nicht mehr verbergen können.

London, 19. Februar. Offiziell wird bekanntgegeben, daß die Beratungen der Seemächtekonferenz auf Grund der heute erfolgten Besprechungen zwischen den Leitern sämtlicher beteiligten Delegationen, soweit sie zur Zeit in London anwesend sind, bis zum 26. Februar vertagt worden sind.

Diese neue Vertagung der Flottenkonferenz steht im Zusammenhang mit der französischen Regierungskrise.



2. Fortsetzung

Heinrich war nun eingereiht in die Arbeit. Am dritten Tag war es schwül. Kein Wind regte sich. Die Wimpel an den Masten der Küstenschiffe hiegen schlapp herab, wie Strümpfe an Wäscheleinen. Auf den Ducdalben saßen stumm und reglos die Möven. Fern am Horizont stand eine unbewegte Wolkenwand, schwarz und dumpf.

Früh um sechs Uhr hatte die Arbeit begonnen, nun war es Nachmittag. Die Morgenschicht der Hafenarbeiter war längst durch die Nachmittagsschicht abgelöst worden und nach Hause gefahren. Doch diese wilde Kolonne arbeitete weiter und weiter. Der Bahnmeister hatte am Morgen zwanzig Waggons herschieben lassen, sie mußten beladen werden, da die Firma kein Standgeld bezahlen wollte. Bereits hatte die Kolonne 180 Tonnen verladen. Ein jeder war naß von Schweiß und schon müde, und die Luft flimmerte, schwoll, die Luft war ein Meer von kochendem Blei.

Da steht nun die automatische Wage, sie fühlt keine Müdigkeit, schwitzt nicht, und der Staub tut ihr nichts. Daran steht dieser Jakob, grau von Staub, und schreit sein Hallo und He, aber es fällt ihm nicht ein, einmal auch für Sekunden nur die Waage abzustellen.

Hallo!

Die Waage und der Jakob, daß sind die beiden Teufel dieser Höllenarbeit. Jakob steht an der Waage und tritt von einem Fuß auf den andern und schreit, und das ist seine ganze Arbeit. Er könnte für eine Minute die Waage abstellen und so tun, als ob oben über dem Sieb sich irgendein Dreck festgesetzt hätte. Nichts von alledem.

„Soll ich einen Stein, ein Brett in den Trichter werfen?" denkt Heinrich.

„So sind alle Kerls," brummt Wilm, „die nichts von den Weibern wissen wollen. Ihre ganze Herrlichkeit ist die Arbeit. Ha, ich hau ihm noch mal eine herunter. Stell die Waage ab, du Satan!"

Doch Jakob stellte nicht die Waage ab.

Ich muß ein Ende machen, denkt Heinrich, zwischen diesen Brüdern kannst du doch nicht arbeiten. Wilm droht ihm mit Prügel, doch er schlägt nicht zu. Nein, einer quält nur den andern, einer haßt den andern, weil sie nicht Manns genug sind, einen Tariflohn, Ueberstundenzuschlag und den Achtstundentag zu fordern. Die Stadt wimmelt von Erwerbslosen, doch sie sollten sich nicht selbst vor die Hunde werfen! Diese Brüder! —

Der Herr Inspektor in Ledergamaschen und weißem Sommerkittel kommt vom Büro her, mit ihm einige Herren, dick und aufgeblasen und ganz große Würde und Parfümgeruch. Es sind zum Teil holländische Kornhändler. Sie blasen pustend und schwitzend blauen Zigarrenrauch in die schwüle Sommerluft, reden laut und langsam von ihren Geschäften, und ein jeder hat die halbe Welt in der Tasche. Sie bauen sich um die automatische Waage auf, der Herr Inspektor die Uhr in der Hand, und mit dem Jakob geht nun eine Wandlung vor, die er jedesmal durchmacht, wenn Herren anwesend sind. Er ist ein Teil der Maschine. Stolz und gewichtig reißt er an den Hebel. Die Arbeiter tun schweigend und triefend ihr Werk. Der Wilm ist ruhig geworden und schwätzt nicht mehr von Grietje. Die Karrenschieber rennen hin, rennen her, immer zwei Zentner Korn in prallen Säcken auf dem Karren, holpernd und stolpernd und vor Müdigkeit fast umfallend. Doch die Augen der Herren streifen bewundernd die große Erfindung der Technik, und wie sie sich zum Gehen wenden und schon einige Schritte über die Rampe zurücklegen, schreit auf einmal der Jakob, als ob es ein Abschiedsgruß an die Herren sein sollte, überlaut und befehlend, wie ein Unteroffizier seine Rekruten anschnauzt: Hallo! He! Hallo!"

Und zu seinem Unglück ist es gerade der Heinrich, der den Wagen verläßt und zurückkehrt. Und zu seinem Unglück treffen dem Heinrich gerade diese Worte wie Peitschenschläge. Er läßt, bei Heinrich angekommen, den Karren fallen, holt mit seiner rechten Hand aus und versetzt dem Jakob eine mächtige Ohrfeige, daß der Jakob seitwärts auf den Sackstapel fällt. Doch sofort springt Jakob wieder auf, zwei Zentner Korn rieseln auf den Boden, und stellt die Maschine ab und schreit: August! August!

Lärm und Geschrei.

Die ganze Gesellschaft kehrt zurück. „Was ist hier los?" fragt der Inspektor.

August schüttet das Korn vom Boden in einen Sack, den Jakob aufhält. Jakob hat eine rote und geschwollene Backe, und Heinrich steht glühend und kampfeslustig da.

„Was ist denn hier los", wiederholt vorwurfsvoll der Inspektor.

„Ach," erwidert August, „das ist so eine Sache. Der Jakob hielt nicht früh genug den Sack unter den Trichter."

Eine gute und rechte Antwort, mit der die Herren zufrieden sein können.

„So?"

„Ja!"

„Ich glaubte, hier gäbe es eine Schlägerei."

„Nichts zu fürchten, Herr Inspektor, keine Schlägerei. Es war nur Geschrei."

Die andern dicken Händler merken nichts. Sie sind blind, und August kennt die Menschen.

„Es wäre gut, Herr Inspektor, wenn die Leute sich an der Waage gegenseitig ablösten. Immer dieselbe Arbeit macht schnell müde." August blinzelt durch Staub, die Schippe in der Hand, zum Inspektor hinüber.

„Jawoll! Laßt die Leute sich gegenseitig ablösen. Da haben sie recht. Wilm kann ja jetzt die Waage bedienen."

„Jawollja", spricht August und ruft Wilm herbei.

Dann bediente Wilm die Waage. Er schrie nicht He und Hallo. Er streichelte die Flanken der Waage, wie einer Frau die roten Wangen, schimpfte nicht und machte nur seinen alten Spaß mit Jakob, der jetzt, aus seiner großen Höhe niedergesaust, den Sackkarren schieben mußte.

„Na, Jakob, du kennst doch das Geschäft. Sputs dich ein wenig, unser Freund, die Waage, wartet nicht. — Du bist kein Napoleon, mein lieber Jakob."

Nein, Jakob war kein Napoleon. Er hatte die Ohrfeige erhalten wie eine andere Schimpferei.

(Schluß folgt)

Rund um den Erdball

Neunjährige Jagd nach dem Meisterspion

Immer auf der Spur, aber nie gefaßt — Jetzt in Bonn verhaftet

Nach neunjährigen, fast ununterbrochenen Nachforschungen des Geheimdienstes der Kriminalpolizei einer ganzen Reihe von Ländern ist es vor einigen Tagen der Bonner Kriminalpolizei gelungen, einen von Geheimnissen umgebenen Menschen namens Leon de Brus festzunehmen, der seit dem Jahre 1921 unter den verschiedensten falschen Namen in Frankreich, Italien, Deutschland und Oesterreich die sensationellsten Betrügereien verübt hat. Bei seiner Festnahme fand man nicht weniger wie zwölf falsche Pässe auf die verschiedensten Namen.

Dieser Großbetrüger und Hochstapler hat seine verwegene Laufbahn als deutscher Spion begonnen. Als französischer Infanterist wurde er zu Anfang des Krieges von den Deutschen bei einem Gefecht gefangen genommen. Und da er sich den Einflüsterungen des deutschen Geheimdienstes während seiner Gefangenschaft nicht unzugänglich zeigte, verwendete ihn dieser zu allerlei dunklen Plänen gegenüber den verschiedensten „feindlichen Mächten".

Doch was ein zünftiger Spion ist, begnügt sich in den seltensten Fällen mit dem „Dienst an einem Kunden". So auch Leon de Brus. Die mickrige Bezahlung beim deutschen Geheimdienst aufzubessern, trat er auch in den Geheimdienst anderer Länder.

Aber auch diese nunmehr verdoppelten und verdreifachten Einnahmen genügten dem auf großem Fuße lebenden Hochstapler keineswegs. Er ging deshalb dazu über, ergiebige Betrügereien und Scheckschwindeleien zu verüben. So am Semmering bei Wien, so in Mannheim, und auch einige Male in Mussolinien.

Ein in der Kriminalistik selten verwegener Gaunerstreich gelang de Brus im Jahre 1924 in Berlin. Gerber nannte er sich seiner Zeit, da er mit einer Wettbetrügergesellschaft zusammen arbeitete. Damals gelang es ihm, durch Hintermänner und raffiniert gefälschte Telegramme den Bruder einer in der Berliner Lebewelt sehr bekannten Theaterdiva so an sich zu fesseln,

daß dieser 156 000 Mark bei einer großen Bank Unter den Linden, wo er angestellt war, unterschlug.

Die unterschlagene Summe ging restlos drauf für angeblich totsichere Renntips, die de Brus den Bankangestellten aufzuschwätzen verstanden hatte.

Als der Vertrauensselige jedoch auf Auszahlung der Gewinne drängte, mußte er erfahren, daß der „Jockei Rastenberger", ein in Rennkreisen sehr bekannter Jockei, mit der Gewinnsumme durchgebrannt sei. Der angeblich Durchgebrannte war an diesem Gaunerstreich natürlich unbeteiligt. Der Bankangestellte erhielt für seine Vertrauensseligkeit ein Jahr Gefängnis. De Brus selbst war spurlos verschwunden.

Auch nachdem dieser Hochstapler eine Reihe von reichen Amerikanern, die auf einer Spritztour durch Europa, Frankreich, England, Italien und Deutschland besuchten, Reiseschecks auf hohe Dollarbeträge gestohlen hatte, gelang es dem Internationalen Erkennungsdienst nicht, den Gauner zu fangen.

Neun volle Jahre spielte dieser verwegene Gauner also Katze und Maus mit den Kriminalisten der verschiedensten Länder. Und trotzdem er ständig die Polizei hinter sich wußte, fand er doch noch Zeit und Gelegenheit, verwegene Gaunerstreiche auszuführen. Ob es Juwelendiebstähle oder hohe Kautionsschwindeleien waren, immer wieder gelang es ihm, sich dem Zugriff der Polizei im letzten Augenblick zu entziehen. Bei seinem letzten großen Coup in Mannheim, wo ihm ein großer Betrug glückte, ist er nur um ein Haar der Verhaftung entgangen.

Nur durch die inniger Beziehungen zu der internationalen Verbrecherwelt gelang es ihm damals, unerkannt über die Grenze zu entkommen.

Im Hinblick auf seine dunkle Tätigkeit als deutscher Spion ist de Brus nunmehr von Bonn nach Berlin überführt worden. Da de Brus sich äußerst geschickt verteidigt, wird es keine leichte Aufgabe sein, ihn der zahllosen Streiche und Betrügereien zu überführen.

Vier Bergleute verschüttet, ein Toter

Im Oberschlesischen Kohlenbezirk ereignete sich am Dienstag auf der Ferdinand-Grube ein folgenschweres Unglück. Durch Zubruchgehen eines Kohlenflözes wurden vier Bergleute verschüttet. Nach 21stündigen Bergungsarbeiten gelang es, an die Verschütteten heranzukommen. **Ein Kumpel war jedoch bereits tot.** Drei andere konnten lebend geborgen werden, von denen einer schwer verletzt ist.

Parlamentswahlen in Japan

Nach der erfolgten Auflösung des japanischen Parlaments hatte die neue Wahlkampagne mit beispielloser Heftigkeit eingesetzt. Unser Bild zeigt japanische Wähler vor den Aufrufen der Kandidaten zu den neuen Parlamentswahlen.

Der Schuß aus dem Dunkel

Quedlinburger Kohlenbaron erschossen

Am Mittwoch abend wurde der Direktor der Kohlengrube Konkordia, Dr. Emil Kramer, im Garten seiner Villa durch einen Schuß aus dem Dunkel getötet. Trotzdem die Hintergründe dieses Attentats noch vollkommen in Dunkel gehüllt sind, faselt bereits ein Teil der bürgerlichen Sensationspresse von einem Racheakt eines entlassenen Bergarbeiters. Da Dr. Kramer im politischen Leben der Stadt Quedlinburg als Reaktionär bekannt war, — er war Vorstandsmitglied der Deutschen Volkspartei —, bemüht sich die bürgerliche Pressekanaille weiter, die ganze Affäre politisch aufzuziehen.

Der Erschossene, der im 41. Lebensjahre stand, empfing am Mittwoch abend den Besuch eines Aschersleben er Arztes, der mit seinem Auto vorgefahren kam. Um ihn zu begrüßen, ging Dr. Kramer an das Tor, dann machte er sich im Garten auf die Suche nach einem geeigneten Parkplatz für das Auto. In dem Augenblick, als der Besucher am Wagen das Licht einschaltete,

knallte aus dem Dunkel ein Schuß, und nun sah der Besucher, wie Dr. Kramer, einige Schritte vom Wagen entfernt, im grellen Scheine des Autolichts zusammenbrach.

Nach polizeilicher Ansicht ist die Tat seit langer Zeit vorbereitet. Dafür spricht auch der Umstand — so sagt die Kriminalpolizei — daß bereits vor einiger Zeit ein ähnliches Attentat auf den Dr. Kramer versucht worden ist. Damals ging der Schuß fehl und so glaubt man, daß der Täter von damals sein Attentat wiederholt hat.

Der Messerstecher von Brandenburg festgenommen

Der Düsseldorfer Massenmörder war sein Vorbild — Vernichtendes Urteil über die Fürsorgeerziehung

Der Messerstecher, der, wie wir gestern berichteten, am Mittwoch morgen den Sohn Rudolf des Arbeiters Engelmann auf dem Wege zur Schule angesprochen hatte, um ihn auf ein Grundstück zu locken, wo er versuchte, dem unglücklichen Jungen mit einem Messer die Kehle zu durchschneiden, ist verhaftet worden. Es handelt sich um den 21jährigen Arbeiter Alfred Hünicke aus Brandenburg, der in einer Fürsorgeanstalt erzogen worden ist.

Bei der polizeilichen Vernehmung legte Hünicke nach einigem Zögern schließlich ein offenes Geständnis ab. Nach seinen Angaben will er

durch Lesen der Berichte über die Bluttat des Düsseldorfer Massenmörders „unwiderstehlich" zu der Messerstecherei angeregt worden sein.

Schon seit Wochen hat dieser ohne Zweifel durch die mittelalterliche Fürsorgeerziehung geistig verkümmerte Mensch den Vorsatz gefaßt, einmal nach dem grausigen Muster des Düsseldorfer Mörders ein Kind zu töten.

Er trug deshalb ständig ein Küchenmesser bei sich. Aber erst am Mittwoch fand er den traurigen Mut zur Ausübung einer solchen Tat.

Am Donnerstag vormittag hat sich die Kriminalpolizei von Brandenburg mit dem Verhafteten an den Tatort seines Verbrechens begeben, wo Hünicke nochmals seine Untat an Ort und Stelle schildern mußte.

Der unglückliche Schüler Rudolf schwebt immer noch in großer Lebensgefahr und ist zurzeit nicht vernehmungsfähig.

Wieder Explosionskatastrophe bei der Standard Oil Company

Die Bevölkerung von Elizabeth im Staate New-Jersey, die am Dienstag durch die Schreckenskatastrophe bei der Standard Oil Company, wobei es, wie erinnerlich, 14 Tote gab und 64 Arbeiter schwer verletzt wurden, in heller Aufregung war, ist gestern durch eine Explosion erneut in panischen Schrecken versetzt worden.

Zur Abwechslung flog diesmal eine Raffinerieanlage der Standard Oil Company aus noch unbekannten Ursachen in die Luft. Obwohl zeitweise die Flammen dreißig Meter hoch aus dem Gebäude emporschlugen, und die in der Nähe befindlichen Petroleumtanks bedrohten, gelang es der Feuerwehr, den Brand zu löschen, bevor ein größeres Unglück passieren konnte. Menschenleben sind diesmal glücklicherweise nicht zu beklagen.

Dreifacher Mörder zum Tode verurteilt

Vor dem Prager Schwurgericht hatte sich heute der 34 J[illegible] alte Maschinenmonteur Rudolf Skalski unter der Anl[illegible] des dreifachen Raubmordes zu verantworten. Der Angel[illegible] hat im Juni 1927 in der Nähe von Paris auf der Wanderſ[illegible] drei junge Tschechoslowaken kennengelernt, die durch Frankr[illegible] wanderten. Als die drei jungen Wanderburschen sich einmal a[illegible] einem gemeinsamen Ausfluge auf freiem Felde niederlegten nahm er die Gelegenheit wahr, **um seine drei Landsleute hinterhältig zu ermorden und zu berauben.** Die Prager Geschworenen sprachen Skalski des dreifachen Raubmordes für schuldig [illegible] verurteilten ihn zum Tode durch den Strang.

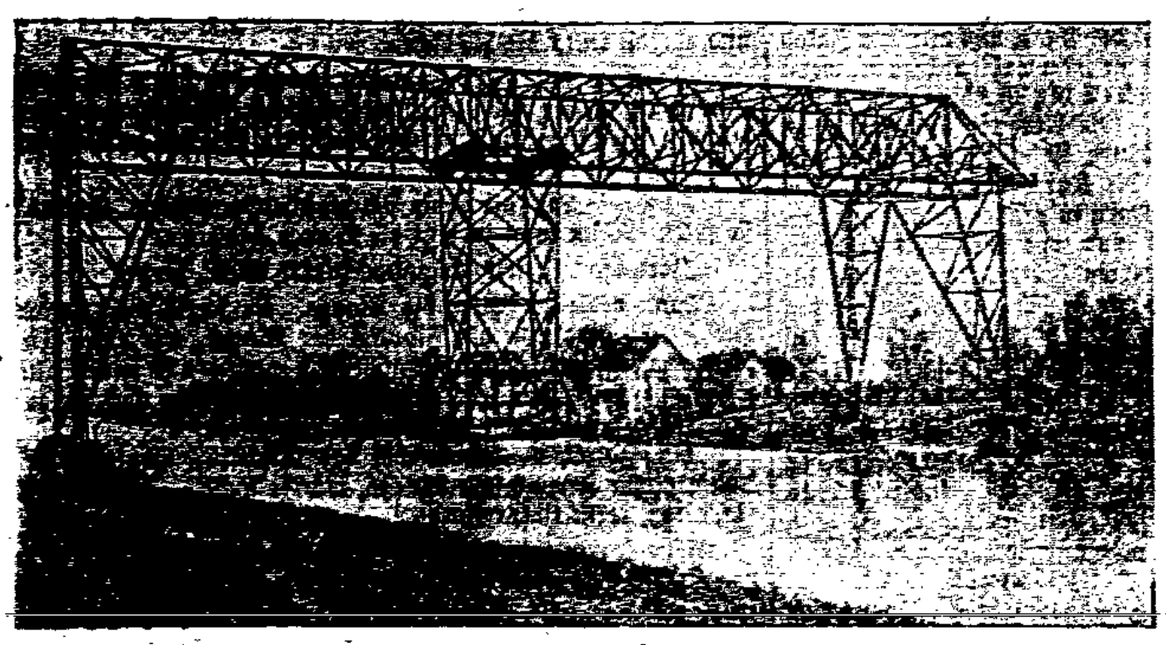
Kältewelle in Spanien

Aus ganz Spanien wird eine außerordentlich starke K[illegible] mehreren Graden unter Null gemeldet. In der Provinz [illegible] herrscht seit drei Tagen eine Kälte von 22 Grad. Zah[illegible] Tiere sind dem Frost bereits zum Opfer gefallen.

Finnisches Militärflugzeug abgestürzt

Ueber der Stadt Sordovala stürzte gestern ein finnisches Militärflugzeug ab. Führer und Begleiter waren augenblicklich tot.

Eine eigenartige elektrische Schwebefähre



vermittelt den Verkehr über die Oste, zwischen den Orten Basbeck und Osten im Regierungsbezirk Stade. An einem 33 Meter hohem Eisengerüst hängt die Fährgondel, in der zu gleicher Zeit bis zu vier bespannte Wagen und 40 Personen über den 90 Meter breiten Fluß befördert werden. Diese Bauart wurde gewählt, um die Schiffahrt ungehindert zu lassen und im Winter den Fährbetrieb entgegentretenden Eisschwierigkeiten auszuweichen.

Breslau

Wo sind die Gelder der „Kohlenspende"

Bei der vorläufigen Abrechnung der sogenannten „Kohlenspende" fallen die ganz merkwürdigen Zahlenangaben auf. Es sollen, wie wir gestern schon mitteilten, 39 000 Mark eingekommen sein. Davon sollen 3000 Erwerbslose je drei Zentner Kohle bekommen haben. Das würden insgesamt 9000 Zentner sein. Die Grubenbarone berechnen den Zentner dieser Abfallkohle mit 1 Mark bis 1,10 Mark, die, zusammengerechnet, noch nicht ganz 10 000 Mark kosten würden. Bleiben 29 000 Mark, über deren Verbleib man nichts hört. Selbst wenn man dabei berücksichtigt, daß ein Teil der Erwerbslosen aus dem eingemeindeten Gebiet an Stelle der Kohle drei Mark in bar erhalten haben sollen, bleibt noch ein, mindestens 25 000 Mark ausmachender, Betrag übrig, von dem niemand weiß, wo er geblieben ist.

Sollte diese, im Verhältnis zu dem Gesamtertrage der Sammlung riesenhafte Summe, etwa für „Verwaltungskosten" draufgegangen sein? Das wäre denkbar, nachdem auch schon andere ähnliche „Spenden" ganz genau dasselbe Bild gezeigt hatten. Ganz gleich, was ist, auf jeden Fall sind die Dinge um die „Kohlenspende" vorerst noch reichlich unklar. Wir verlangen deshalb öffentliche Rechnungslegung über sie. Es ist notwendig, in das Dunkel hineinzuleuchten!

Finanzminister läßt abwinken

Nach einem Tage der Freude über den Opernbrief des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Braun hat heut wieder tiefe Niedergeschlagenheit die hiesige Bourgeoisiepresse befallen. Preußens Finanzminister hat, ohne bisher eine offizielle Antwort gegeben zu haben, doch schon abwinken lassen. Angeblich seien die Zuschüsse für die Theater in Berlin, Hannover, Kassel und Wiesbaden wichtiger. Diese sollten nämlich gekürzt und der so ersparte Betrag dem Stadttheater Breslau überwiesen werden.

Ausgerechnet in der „Schlesischen"

Vor einigen Tagen verstarb die frühere sozialdemokratische Stadtverordnete Emmy Günther. Sie gehörte u. a. dem Vorstand der „Volksbühne" an, der pflichtgemäß eine Anzahl Todesanzeigen aufgab. Unter anderem ausgerechnet in der deutschnationalen „Schlesischen Zeitung". Obwohl dieses Blatt zu den gehässigsten Gegnern selbst der gewiß nicht zu fortschrittlichen „Volksbühne" zählt. Man kann diese Anbiederung des sozialdemokratischen Volksbühnenleiters nicht anders als vollkommen würdelos nennen.

Der Freund der „Volkswacht"

In einem Artikel über den Weißgardisten Kutiepow, dessen Verschwinden aus Paris Anlaß zu einer maßlosen Hetze gegen die Sowjetunion war, gibt die gewiß nicht kommunistenfreundliche „Breslauer Zeitung" folgende Schilderung dieses Bluthundes:

„Es folgt die kurze Herrschaft des Generals Wrangel. Kutiepow stellt sich ihm zur Seite und terrorisiert die Bevölkerung der von den Weißen besetzten Gebiete in der Krim. Er zeichnet sich durch ungemeine Grausamkeit aus, läßt Tausende von Bauern und Arbeitern zu Tode prügeln, friedliche Bürger, bei denen rote Offiziere einquartiert waren, niederschießen. Er ist sogar zu seinen eigenen Leuten grausam und rücksichtslos."

Merkwürdige Ansichten über ihre Aufgaben hat die Leitung des Elisabethinerinnen-Krankenhauses in der Gräbschener Straße. Sie benachrichtigt die Angehörigen Schwerkranker so spät, daß sie oftmals erst ans Krankenbett kommen, wenn ihre Verwandten bereits tot sind. Warum nimmt die Krankenhausleitung nicht die selbstverständliche Rücksicht, die Angehörigen früher zu benachrichtigen?

Verkehrsunfälle. Der Goliathkraftwagen des Dienstmanns K. stieß gestern auf der Gartenstraße mit einer Pferdedroschke zusammen, wobei der Kraftwagen beschädigt wurde. Einige Minuten später fuhr der Dienstmann mit seinem Auto am Bahnhofsvorplatz die Schülerin Maria R. an und verletzte sie. Da der Dienstmann angeblich betrunken gewesen sein soll, wurde nach dem zweiten Unfall der Wagen sichergestellt. — Ein Radfahrer, der einen Lastkraftwagen auf der Ohlauer Straße in ziemlich scharfem Tempo überholte, fuhr einen die Straße überschreitenden Kaufmann an, wobei beide, Radfahrer und Fußgänger, vor den Lastkraftwagen stürzten. Nur der Geistesgegenwart des Autoführers war es zu verdanken, daß nicht ein größeres Unglück passierte. Der Radfahrer erlitt durch den Sturz eine stark blutende Kopfwunde.

Nächtliche Gäste, die der Konditorei B. in der Matthiasstraße ihren Besuch abstatteten, schleppten süße Beute in Gestalt von Konditorwaren, Schokolade und Zigaretten im Werte von 280 Mark weg. Bisher wurden die Täter noch nicht entdeckt.

Ein Diebstahl, der am 9. Februar bei dem Kaufmann Johannes S. in der Steinstraße verübt wurde und bei dem die Täter für 400 Mark Bruchgold erbeuteten, konnte aufgeklärt werden, indem man den Fahrradschlosser Hans Sch. als Täter ermittelte.

Sonntag Landagitation. Alle Parteigenossen und Mitglieder der Nebenorganisationen des Stadtteiles Nord treffen sich Sonntag früh 8 Uhr am Matthiasplatz zur Landpropaganda.

Jungspartakusbund. Gruppe West. Sonntag alle Pioniere unbedingt um 15 Uhr im „Anglerheim", Leukhenstraße. Jeder ist verpflichtet, einen Schulkameraden mitzubringen. — Gruppe Nord. Sonntag alles pünktlich 17 Uhr bei Kabierschke.

Alle Mitglieder der Partei und befreundeten Organisationen halten sich für Dienstag, 25. d. M., frei. Die Funktionäre der Organisationen werden jedem Mitglied Näheres mitteilen.

moskau sendet

sonnabend, den 22. februar, abends 8 uhr

hubertussaal

friedrich-wilhelm-straße 32

eintrittspreis 50pf.

ifa

interessengemeinschaft für arbeiterkultur

Die Pflichtarbeiterforderungen sollen erfüllt werden

Arbeitsniederlegung und Demonstration vor dem Wohlfahrtsamt — Passive Resistenz bis zur Erfüllung der Forderungen

Breslau, 20. Februar.

Wie wir gestern bereits kurz mitteilten, hatten die Pflichtarbeiter der Stadt Breslau die Arbeit niedergelegt, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Am gestrigen Vormittag haben Verhandlungen der Kampfleitung mit dem Magistrat stattgefunden, bei denen von Magistratsseite die Erfüllung der Forderungen der Pflichtarbeiter zugesagt wurde.

Nachdem bereits seit längerer Zeit von den Erwerbslosen die Abschaffung der Pflichtarbeit gefordert worden war — die kommunistische Fraktion hatte diese Forderung als Antrag in der Stadtverordnetenversammlung eingebracht —, nahm eine vom Landeserwerbslosenausschuß einberufene Obleutesitzung Mittwoch abend zu der nach der Ablehnung des kommunistischen Antrages geschaffenen Lage Stellung.

Einstimmig wurde in dieser Sitzung ein Antrag angenommen, auf das provozierende Verhalten des Magistrats hin — auf einen Brief der Pflichtarbeitervertretung war vom Magistrat überhaupt nicht geantwortet worden — am Donnerstag die Arbeit auf allen Arbeitsstellen niederzulegen und vor dem Wohlfahrtsamt zu demonstrieren.

Diesem Beschluß wurde gestern vormittag von sämtlichen Breslauer Pflichtarbeitern fast restlos Folge geleistet. In der elften Stunde wurde überall die Arbeit eingestellt und die Streikenden begaben sich, zum Teil in geschlossenen Zügen, nach dem Ritterplatz. Bei ihrem Eintreffen war das Wohlfahrtsamt bereits von einem größeren Polizeiaufgebot besetzt. Eine zwölfgliedrige, von den Pflichtarbeitern zur Verhandlungsführung bestimmte Delegation begab sich zum zuständigen Dezernenten, dem Zentrumsstadtrat Daumann, und unterbreitete diesem die Forderungen der Streikenden. Nachdem Daumann zuerst einige Sperenzel gemacht hatte, mußte er aber doch verhandeln

und sogar unter dem Druck der Pflichtarbeiter die Erfüllung der Forderungen zusagen.

Er will am kommenden Mittwoch mit einer Kommission die Baustellen besichtigen und die Uebelstände abstellen. Im einzelnen sollen endlich Verbandskästen an die Arbeitsplätze kommen; eine Anmeldung der Pflichtarbeiter in der Krankenkasse soll erfolgen; ebenso will sich Daumann dafür einsetzen, daß der gestrige Streiktag bezahlt wird und keine Maßregelungen erfolgen. Bis zur Erfüllung dieser letzten beiden Forderungen werden die Pflichtarbeiter, die heute wieder an ihren Arbeitsstellen erscheinen werden, in passiver Resistenz verharren, das heißt, keinen Finger rühren.

Während der Verhandlungen war die Polizei zur Räumung des Ritterplatzes, auf dem sich eine größere Menschenmenge angesammelt hatte, übergegangen. Es gelang ihr jedoch nicht, die Pflichtarbeiter zu vertreiben. Diese warteten vielmehr die Rückkehr der Delegation ab und begaben sich dann mit ihr in den „Roten Löwen", wo eine stark besuchte Versammlung abgehalten wurde. Nach dem Bericht der Delegation wurde die oben erwähnte passive Resistenz einstimmig beschlossen; ferner wurde an den Magistrat die Forderung auf Anerkennung der Obleute und des Landeserwerbslosenausschusses aufgestellt.

*

Die Arbeitsniederlegung der Pflichtarbeiter hat mit einem Erfolg abgeschlossen. Dieses positive Ergebnis ist die Frucht des einheitlichen Auftretens der Kollegen und der zielbewußten Führung des Kampfes. Die Pflichtarbeiter müssen auch fernerhin fest zusammenstehen und scharf darauf achten, daß die dem Magistrat abgetrotzten Zusagen auch tatsächlich erfüllt werden.

*

Im übrigen sind über die Behandlung der Pflichtarbeiter bei uns wieder eine Anzahl Beschwerden eingelaufen, die vor allem die Zustände in der Holzspalteanstalt Niedergasse betreffen. Es wird uns berichtet, daß dort die Aufseher die Frauen direkt von den Klosetts herunter holen; zu diesem Zweck werden absichtlich die Klosetts ohne Verschlußmöglichkeit gelassen. Es wird immer toller mit der Antreiberei! Daß in der Anstalt solche Verhältnisse herrschen, ist verständlich, wenn man sich den Direktor der Anstalt, mit Namen Tirpitz, betrachtet. Dieser Herr ist ein wütender Gegner der Erwerbslosen, zum Beispiel drohte er gestern den dort beschäftigten Pflichtarbeitern die Entlassung an, wenn sie sich am Streik beteiligen würden. Die Erwerbslosen müssen dafür sorgen, daß die Bäume des Herrn Tirpitz nicht zu sehr in den Himmel wachsen.

Keine Senkung der Neubaumieten!

Provokatorische Beschlüsse der Stadtverordneten

Gestern fand die Sitzung des Unterausschusses und der Ausschüsse 2 und b, die sich letztmalig mit den Anträgen auf Senkung der Neubaumieten beschäftigen, statt. Kurz zusammengefaßt ist das Ergebnis folgendes: Die kommunistischen Anträge, von denen der erste die Verwendung der gesamten Hauszinssteuer für Wohnungsbau und Mietenverbilligungszwecke forderte (sein genauer Wortlaut ist unseren Lesern bereits bekannt), wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten und der Bürgerlichen abgelehnt. Mit demselben Stimmenverhältnis wurde auch folgender kommunistischer Antrag zugunsten der Streikenden in Zimpel abgelehnt:

1. **Die Miete für die im Streik befindlichen Mieter wird vom Tage des Bezuges der Wohnung auf 8,40 Mark pro Quadratmeter gesenkt. Die hierdurch notwendigen Zuschüsse werden von der Stadt getragen.**
2. **Die Siedlungs-A.-G. hat sofort sämtliche Zwangsmaßnahmen gegen die streikenden Mieter zu unterlassen. Insbesondere sind die inzwischen erlassenen Zahlungsbefehle zurückzuziehen.**
3. **Die noch leerstehenden Neubauwohnungen sind sofort an Wohnungslose durch Vermittelung des Wohnungskommissars zu vergeben.**

Angenommen wurde der Antrag des Volksparteilers Halfpaap, der keinerlei Mietensenkung vorsieht, nicht einmal für die im Streik stehenden Mieter. Der Antrag Stope unterschied sich nur unwesentlich von dem des Halfpaap.

Gestern abend fand in Zimpel eine Mieterversammlung statt. Unser Genosse Zylla gab Bericht über die in den Ausschüssen gefaßten Beschlüsse. Die Mieter waren aufs äußerste empört und klatschten demonstrativ Beifall, als Zylla erklärte, jegliche Hoffnung auf eine Hilfe durch das Parlament müsse jetzt begraben und der begonnene offene Kampf vorbereitet werden. (Wir kommen auf die Beschlüsse der Ausschüsse und die gestrige Mieterversammlung in Zimpel noch zurück.)

Vier Tage in der Sowjetunion gewesen

Auch ein Rußlandbericht des Rechtsanwalts Tarnowski

Mit dem Ablesen von „Selbsterlebten" böse hereingefallen

In die Reihe derjenigen, die dumme Lügen über die Sowjetunion verbreiten, hat sich jetzt auch in Breslau ein gewisser Rechtsanwalt Dr. Tarnowski gestellt, der am Mittwoch in der „Schlesischen Gesellschaft für vaterländische Kultur" (ausgerechnet!) einen Vortrag über das Thema „Selbstgesehenes aus Sowjetrußland" hielt. Charakteristisch für die Ernsthaftigkeit dieses „Kritikers" ist die Tatsache, daß er sich im Sommer auf einer Vergnügungsreise

ganze vier Tage

in der Sowjetunion aufgehalten hat; zwei Tage in Moskau — zwei Tage in Leningrad. Also eine Zeit, wo er noch nicht einmal in russische Verhältnisse hineingerochen hat, viel weniger sie erst kennen lernte. Trotzdem betrachtete er sich als legitimiert, über Rußland Werturteile abzugeben. Es ist bezeichnend für den Haß des Bürgertums gegen die Sowjetunion, daß diese lächerlich-wichtigtuerische Anmaßung ihr Publikum fand. Dem Bourgeois ist eben nichts zu blöd, vorausgesetzt, daß es gegen die Sowjetunion gerichtet ist. Erwähnenswert ist noch die Tatsache, daß ein hiesiger Gerichtspräsident die Versammlung leitete.

Tarnowski begann seine Ausführungen sogleich damit, auf den „Religionskampf" in der Sowjetunion Bezug zu nehmen. Die Sowjetregierung gehe mit außerordentlicher Rigorosität gegen die Religion und die Kirchen vor. Zur Bekräftigung dieser Behauptung wies er auf die Aktion des Papstes hin. Tarnowski ist — Jude! In fast schwärmerischen Tönen sprach er dann von der Marmorbüste des letzten Zarewitsch und von den Räumen der letzten Zarin. In den vier Tagen seines Aufenthaltes hat er festgestellt, daß alle Russen traurig und verhärmt aussehen und daß niemand lache. Es gäbe in ganz Leningrad und Moskau keine Blumengeschäfte. Solche Behauptungen können nur als aus den Fingern gesogen bezeichnet werden. Tatsache ist, daß auch einem flüchtigen Besucher der Sowjetunion gerade die großen und zahlreichen Blumengeschäfte auffallen; selbst bei dem kürzesten Besuch können einem die fröhlichen und selbstbewußten Gesichter der Bevölkerung nicht entgehen. Nicht nur an dieser Stelle des Vortrages hatte man den Eindruck,

daß weniger Selbstgesehenes als aus antibolschewistischen Hetzbroschüren Zusammengelesenes erzählt wurde.

So tischte der Vortragende auch wieder das alte Märchen auf, daß man nur das sehen könne, was die Regierung einem zeigen wolle.

Nicht einmal die gewöhnliche Reporiage entsprach den Tatsachen. Hat der Vortragende wirklich die Zarengräber in der Isaakskathedrale in Leningrad gesehen, während sie doch in der Peter-Pauls-Kathedrale liegen? Hat er tatsächlich die Büste Lassalles in Leningrad in einem „kleinen Park" stehen sehen, während sie in Wahrheit mitten auf der Hauptstraße aufgestellt ist. Woher weiß der „Berichterstatter", daß die Arbeiter und Bauern nachts zum Grabe Lenins geführt werden, während doch das Mausoleum nur am Tage geöffnet ist? Wann hat er auf dem Roten Platz von Moskau Scharen von Bettlern gesehen? Wie alt muß das Buch sein, das ihm von den „verwahrlosten Kindern" erzählt hat? Tarnowski verstieg sich sogar zu der Behauptung, in dem ehemaligen Ssarkoje-Selo, das jetzt „Kinderdorf" heißt, verwahrloste Kinder beobachtet zu haben. Die Tendenz seines Vortrages trat besonders klar zutage, als er von dem noch auf Jahre hinaus unausrottbarem starken Analphabetentum sprach, und als er die Fabel erfand, daß in den Speisesälen der großen Hotels hohe Sowjetbeamte in „seidenen Russenkitteln auf Kosten des Staates schlemmen", während die Volksernährung außerordentlich kümmerlich wäre. Nicht genug damit, daß derartige Märchen und Fabeln aufgetischt wurden, hielt sich dieser Vier-Tage-Besucher Rußlands auch für berechtigt, ein abschließendes Werturteil dahin zu fällen, daß die mit der Revolution verbundenen Opfer in einem „starken Mißverhältnis" zu dem Erreichten stünden. Er „habe nicht den Wunsch, Rußland so bald wiederzusehen". (Rußland wahrscheinlich auch nicht.) Und er sei „erfreut gewesen", als er im Hafen von Hamburg das Bismarckdenkmal (!) wiedergesehen habe.

Ausführlicher auf das Gefasel des offenbar völkisch-jüdischen Rechtsanwalts einzugehen, ist nicht notwendig. Wir wollen ihn, mitleidig über ihn lächelnd, rechts liegen lassen und ihm damit bezeugen, daß wir ihn für weit unwichtiger halten, als er sich selbst.

KUNDGEBUNG

zum 12jährigen Bestehen der Roten Armee

Heute **Freitag, 20 Uhr**

in „Hoffmanns Festsälen", Pöpelwitzstraße

Aus dem Programm:

Rezitationen und Vorlesungen / Ansprache

Lebende Bilder u. a.

Eintritt 25 Pfg. Erwerbslose und Jugendliche 10 Pfg.

Waldenburger Bergland

Bergarbeiter der Gustav-Grube heraus!

Mit den Themen:

1. Ausgang der Lohnverhandlungen,
2. Betriebsrätewahlen,
3. Bericht vom Oppositionskongreß,

findet am Sonntag, dem 23. Februar, 9 Uhr, im „Krug zum grünen Kranze", eine öffentliche Belegschaftsversammlung statt. Referent: Karl Rudolph.

Den Nazis heimgeleuchtet

Die Nazis hatten für Montag in Rothenbach zu einer öffentlichen Versammlung aufgerufen. Die Versammlung wurde zu einer furchtbaren Niederlage für die Nazis. Die um 20 Uhr angesetzte Versammlung wurde erst um 21,30 Uhr eröffnet. Die Nazel begründeten das Hinausschieben des Beginns mit einer angeblichen Verspätung des Referenten. In Wirklichkeit hockte der Referent angstschlotternd im Winkel eines Nebenzimmers. Der Grund der späten Eröffnung lag tatsächlich an folgendem: Die Rothenbacher Arbeiter waren ebenfalls erschienen und hatten die Nazis gleich beim Betreten des Saales mit den Rufen: „Heil Moskau!" und „Nieder mit den Nazis!" begrüßt. Diese Strauchritter, welche sonst jeden Arbeiter, der von ihnen einzeln angetroffen wird, zu Boden schlagen, standen jetzt zähneklappernd und ganz artig im Saal. Unter dem Vorwand, daß angeblich der Redner noch nicht eingetroffen sei, mobilisierten nunmehr diese Brüder telegraphisch die Nazis aus Liebau und Landeshut. Um 21,30 Uhr kamen denn auch diese Brüder in zwei Lastautos angerückt. Trotzdem wurden auch diese Burschen beim Betreten des Saales mit „Rot Front"-Rufen empfangen. Etwas zuversichtlicher wurde nunmehr die Versammlung eröffnet. Der Referent Klimke aus Liebau schleimte sich eine Stunde lang über alles mögliche aus. Nur über Politik war nichts zu hören, denn diesem Bürschchen ging auch die primitivste Ahnung von Politik ab. An Stelle dessen half er sich mit Frechheiten gegen die Arbeiter. Hatten am Anfang, ermutigt durch die eingetroffene Verstärkung, die Nazis mehrere Male den Versuch gemacht, die Arbeiter zu provozieren, so fand ihr Mut bald ein Ende, als die Arbeiter nunmehr ebenfalls Verstärkung durch die von der Mittagsschicht der Gustavgrube kommenden Kollegen erhielten. Von zwei Seiten von den Arbeitern eingekeilt, wagten diese Burschen nicht den Genossen Schulz in seinen wirkungsvollen Ausführungen zu unterbrechen. Ueberflüssig zu erklären, daß trotz der anwesenden uniformierten 60 Nazis, Genosse Schulz sich nicht an die vorgeschriebene Redezeit von zehn Minuten hielt. Damit war für die Nazis die Versammlung zu Ende. Fluchtartig verließen die Nazis auf ihren Autos Rothenbach. Die Arbeiter stimmten begeistert in den ausgebrachten „Rot-Front"-Ruf ein.

Weißstein. Freireligiöse Gemeinde. Sonntag um 15 Uhr Vortrag. Thema: „Weltall und Weltgefühl." Lokal: Jugendheim, Grüner Weg, kleiner Saal.

Striegau

Die Bonzen hetzen

Ein Erwerbsloser schreibt uns: In Nummer 39 der „Striegauer Volkszeitung" finden wir einen „Bericht" über die letzte Erwerbslosen-Versammlung. Es ist fast unglaublich, mit welcher Verlogenheit dieses Blatt schreibt. Da wird u. a. folgende Entschließung wiedergegeben: **„Die versammelten Erwerbslosen protestieren aufs schärfste gegen die Machinationen einiger Oppositioneller, die sich unter dem Deckmantel der Kommunistischen Partei in Breslau zusammengefunden haben, und gegen die Führer der Arbeiterschaft in schamloser Hetze sich ergehen. Wir SPD.-eingestellten Arbeiter stehen fest geschlossen hinter unseren Führern und werden sie nach jeder Richtung hin in allem ihrem Tun und Handeln, wie wir es von ihnen gewohnt sind, zu verteidigen wissen. Wir erklären hier ausdrücklich, daß wir mit solchen Elementen durchaus nichts zu tun haben."** — Ich möchte hinzufügen, daß dieser Beschluß ohne Zutun der Erwerbslosen gemacht worden ist, und die Erwerbslosen sehr empört darüber waren, statt einer Erwerbslosenversammlung einer parteipolitischen Versammlung beigewohnt zu haben.

Wo wir doch Wege aus unserem Elend suchen, konnten die „Führer" einen solchen nicht zeigen. Ich möchte den „Kollegen" Müller einmal fragen, ob er die Not mit uns am eigenen Leibe spürt? Etwa bei seinem Gehalt von 100 Mark die Woche? Ich rufe jedem erwerbslosen Kollegen zu: Seht euch mal eure Führer an!

Das „Paradies" Weberei Rinkel-Landeshut

Sozialfaschistische Betriebsräte haben versagt — Wählt revolutionäre Kollegen zum Betriebsrat!

A. K. Die verschärfte Ausbeutung der Arbeiter und unteren Angestellten durch Rationalisierung, Lohnabzug und Entlassungen ist auch in den Betrieben dieser Firma rücksichtslos ausgewertet worden. Der Verrat der Gewerkschaftsleitungen bei Beendigung der Aussperrung durch Begünstigung der Einführung des Drei-, Vier-, sogar des Sechsstuhlsystems, die stille Begünstigung des Vorhabens der Unternehmer durch die Mehrheit der Betriebsratsmitglieder aller drei Richtungen haben eine Situation geschaffen, die heute das Arbeiten zur Qual macht.

Was finden wir im Betriebe der Weberei vor? Durch geschickte Umlegung der Doppelschichten war es möglich, daß fast durchgängig auf den schmalen 7/4-Stühlen 3- und 4-stühlich gearbeitet wird, nicht nur bei glatter Arbeit, sondern auch auf Handtüchern. Der Lohn für diese Mehrarbeit ist aber noch nicht festgelegt, so daß nach Willkür bezahlt werden kann. Die Folge davon sind dauernde Akkordlohnkürzungen und eine Ausprüfung der Arbeiterschaft auf die größtmögliche Leistungsfähigkeit. Zur Beruhigung über die verschärfte Ausbeutung bei drei und mehr Stühlen gibt dann die Firma das Fehlende zum Tariflohn zu. Derartige, die Firma in Anspruch nehmende Arbeiter sind es dann meist, welche bei angeblich schlechtem Geschäftsgang mit und ohne Zustimmung des Betriebsrates zur Entlassung gebracht werden. So sind im vergangenen Jahre in mehreren Partien gegen 100 Beschäftigte zur Entlassung gekommen. Trotz der Mehrbelastung mit Arbeit in allen Abteilungen, trotz der Verschlechterung des Materials wird aber vom Weber die Ablieferung versandfertiger Ware verlangt. Hat doch der Angestellte Hirsch, der über seine praktische Tätigkeit bei der Firma noch keinen Beweis erbracht hat, vor einiger Zeit die Putzerinnen als überflüssig (!) bezeichnet, wenn es also nach ihm ginge, würden 180 Frauen und Mädchen auf die Straße fliegen. Auch mit den unteren Angestellten wird genau so wie mit den Arbeitern Schindluder getrieben. So sind im Laufe der letzten Monate sechs Angestellte entlassen, anderen wieder die Löhne bedeutend herabgesetzt worden. Wie die leitenden Angestellten sich vor dem Herausfliegen aus der guten Stellung retten wollen, zeigt der Vorgang Alster-Müller. Beide sind in leitender Stellung, einer soll weichen. Beide betrachten sich als unentbehrlich. Das Duell, welches zwischen beiden in Gegenwart des Franz Rinkel in bezug auf gegenseitige Bewertung vorgegangen sein soll, hat mit der Kündigung des Alsters sein vorläufiges Ende gefunden. Hier zeigt sich wieder einmal, wie leicht sich auch Unentbehrlich haltende täuschen können. Alster war es, welcher vor einiger Zeit die Arbeitslosen als „arbeitsscheu" bezeichnete, welche „an die Wand gestellt" werden müßten. Heute steht er sowie sein Sohn vor demselben Schicksal.

Auch in der Näherei herrschen Zustände, die jeder Beschreibung spotten. Mußten wir früher schon unter dem Regime Köhlers Beschwerden über erbärmliche Verdienste melden, so ist das in der letzten Zeit nicht viel besser geworden. Als ein Mißstand wird es auch empfunden, daß die Firma noch an dem Garn, welches ihre Näherinnen verarbeiten, verdienen will, indem das Garn, trotz schlechter Qualität, teurer als bei Privaten abgegeben wird.

Alles in allem: Organisation und Betriebsrat hätten wiederholt Gelegenheit gehabt, gegen die Maßnahmen der Firma einzutreten, sowohl bei den Akkordfestsetzungen wie auch bei den sonstigen Verschlechterungen und Entlassungen. Was ist aber gemacht worden? Anstatt in Betriebsversammlungen die Arbeiterschaft über die Nachteile der geplanten Verschlechterungen aufzuklären, sie zur Abwehr zusammenzufassen, hüllten sich Betriebsräte und Organisationsvertreter in Schweigen, oder, wie es letzt geschah, sie empfahlen der Arbeiterschaft die Annahme der Verschlechterungen.

Kollegen und Kolleginnen! Soll das so weitergehen? Wir sagen nein! Die Arbeiterschaft muß geschlossen, ohne Rücksicht der Partei- und Organisationszugehörigkeit, sich unter Führung der Gewerkschaftsopposition zusammenschließen, muß zum Kampf rüsten, muß eine revolutionäre Betriebsratsliste aufstellen.

Am Sonntag: Bezirks-Landkonferenz in Liegnitz

Die Landkonferenz beginnt Sonntag, den 23. Februar, um 9 Uhr in Liegnitz (nicht in Breslau), Lokal „Goldene Gans", Mittelstraße. Es sollen möglichst Sonntagsrückfahrkarten benutzt werden. U. a. müssen alle kommunistischen Kreistagsabgeordneten und Land-Abteilungsleiter anwesend sein.

Niederschlesien

Der Görlitzer Bezirksfürsorgeverband bedroht Erwerbslose mit Strafanzeigen

Täglich wächst die Zahl der ausgesteuerten Erwerbslosen, die die Hilfe obengenannter Einrichtung in Anspruch nehmen müssen, und damit auch die Klagen über das Verhalten einer Anzahl Beamten, die mit diesen Fürsorgearbeiten beauftragt sind. Diese Menschen erlauben sich, die in größter Not befindlichen Antragsteller zu verhöhnen und rechnen vor, daß ein Wohlfahrtsempfänger von den paar Mark nicht nur gut leben,

sondern sogar noch Ersparnisse machen könne.

Erwerbslose, die sich diese Beleidigungen verbitten, werden mit dem Hinauswerfen bedroht. Ein Kapitel für sich ist der sozialdemokratische Wohlfahrtsdirektor Giese. Neben dem Einstreichen eines netten Gehaltes beschäftigt sich dieser Herr mit dem Unterschreiben von zahlreichen Schriftstücken, in denen den Erwerbslosen Strafanträge wegen „ungebührlichen Verhaltens" und Unterstützungsentzug angedroht wird. Für diese treuen Dienste dürfte der Lohn und die Anerkennung der vorgesetzten Behörde nicht ausbleiben, sind doch seine Parteifreunde in Görlitz für ähnliche Dienste, die sie der Bourgeoisie leisteten, die Treue hereingefallen. Wir möchten erinnern an den ehemaligen Fabrikarbeiter Wagner, der für sein schneidiges Vorgehen gegen die Erwerbslosen mit Hilfe seines Parteibuches als Bekräftigung seiner Eignung zum Vizepräsidenten des Landesarbeitsamtes Breslau mit dem Gehalt eines Regierungsrates belohnt wurde.

Aus den vielen Fällen nur einen: Der Fürsorgearbeiter Walde wandte sich an den Bezirksfürsorgeverband zwecks Belieferung von Essenmarken, da er den Unterstützungsbetrag voll für Logislosen aufbraucht. Der Beamte Lehmann, im Zimmer 35 beschäftigt, verweigerte die Ausgabe von Essenmarken mit der Maßgabe, der Antragsteller hätte sich in den Wochen, wo er auf dem Flugplatz als Fürsorgearbeiter beschäftigt war, soviel sparen können, daß er jetzt zum Zusetzen habe. (!!!) Der Arbeiter verbat sich eine solche Verhöhnung, was dem Beamten Grund genug war, den Arbeiter tätlich zu bedrohen. Der Arbeiter zeigte daraufhin diesem Menschen einmal, wie ein Proletenhand aussieht. Der Beamte fühlte sich natürlich bedroht und beleidigt und wandte sich an den bekannten Wohlfahrtsdirektor Giese. Da es Aufgabe dieses Sozialfaschisten sein mag, die Erwerbslosen „exemplarisch zu bestrafen," verfügte er in einem Schreiben folgendes:

„Sie werden hiermit benachrichtigt, daß Sie als Fürsorgearbeiter zurückgezogen und künftighin nicht als Fürsorgearbeiter, sondern mit wöchentlich sechs Mark unterstützt werden, bis Ihnen von dem Arbeitsamt andere Arbeit bzw. Landarbeit zugewiesen worden ist. Gleichzeitig teilen wir Ihnen mit, daß wir uns vorbehalten, gegen Sie Strafanzeige wegen Beleidigung einiger Beamten des Unterstützungsamtes zu stellen. Sollten Sie nochmals in derartig ungezogener Weise im Unterstützungsamt bzw. im Flur des Rathauses sich benehmen, so sind wir gezwungen, von unserem Hausrecht Gebrauch zu machen."

So wirkt sich der Einfluß der SPD. auf den Staatsapparat aus. Diesen Sozialfaschisten überläßt es die Bourgeoisie, die Not der Erwerbslosen zu steigern, damit sie dann mit Hilfe des republikanischen Gummiknüppels niedergeschlagen werden.

Sagan

Entlassen und bedroht

Die Gutsverwaltung Bergisdorf bei Sagan beschäftigt beim Holzfällen und Ausforsten einige Arbeiter. Zwei von ihnen wurden am Donnerstag fristlos entlassen. Der Grund soll folgender sein: Deecke, der Sohn des Försters, beauftragte beide, eine Fluchtlinie längs der Straße im festgesetzten Abstand abzuschlagen. Auf die Frage der Arbeiter, wie weit diese geht, erklärte Deecke: „Bis Ultimo!" Da die Straße eine Biegung einschlägt, wurde sie auch von den Holzschlägern auf Anweisung des Försters in demselben Abstand der Straße so weiter verfolgt, bis Herr Deecke jun. zwei der Holzschläger beschimpfte und ihre Arbeit als falsch bezeichnete und sie sofort entließ. Derselbe Maulheld hatte vor einiger Zeit zwei bei ihm beschäftigte Glücker Arbeiter, die von ihm aufgefordert wurden, sofort den Wald zu verlassen, mit der Waffe bedroht (!), indem er den Revolver zog und erklärte: „Seid Ihr nicht gleich aus dem Busche heraus, bekommt Ihr eine blaue Bohne!" Arbeiter, die sich schinden und schuften, werden so behandelt. Merkt euch solche Herrschaften, ihr seid doch keine tollen Hunde, die man niederknallt.

Grünberg

Die Beratungsstelle für Erwerbslose ist nach dem „Goldenen Frieden" verlegt worden. Sprechstunden: Montag und Freitag von 9 bis 17 Uhr.

Putsch der Kommunisten?

Ueber den Aktionsplan der KPD. wird in folgenden Versammlungen gesprochen:

Liegnitz: Freitag, 21. Februar, 20 Uhr Restaurant „Zum Haag".
Glogau: Freitag, 21. Februar, 20 Uhr, „Dominsel".
Ohlau: Freitag, 21. Februar, 19,30 Uhr, im Lokal zur „Stadt Oels".
Habelschwerdt: Freitag, 21. Februar, 20 Uhr Lokal „Goldene Sonne".
Rauscha: Sonntag, 23. Februar, 14,30 Uhr, im „Reichshof."
Bolkenhain: Donnerstag, 27. Februar, 20 Uhr, „Grüner Baum"

Haynau

Steinsetzfirma Ernst maßregelt Jungarbeiter

Erst vor kurzem berichteten wir über die Lohndifferenz der Jungarbeiter (Lehrlinge) bei der Steinsetzfirma im Kiesschacht Reisicht. Die Lohnforderung der Lehrlinge wurde von dem feisten Unternehmer mit der Entlassung von drei Jungarbeitern beantwortet. Nun sollte man annehmen, der Steinarbeiterverband würde dem Unternehmer den Kampf ansagen, da doch die Jungarbeiter restlos in ihm organisiert sind. Der Gauleiter wie der Vorsitzende der Zahlstelle versuchten zwar, mit dem Unternehmer Ernst eine „Einigung" zu erzielen. Als sie aber den Herrenstandpunkt des Unternehmers gewahrten, machten sie auf echt sozialfaschistische Art einen Zurückzieher, um ja den Wirtschaftsfrieden nicht zu stören. Dieses kam auch klar und deutlich in der letzten Mitgliederversammlung zutage, in der unter anderem auch dieser Fall besprochen wurde. Der Gauleiter Emil Piefke „bedauerte" zwar den Fall, um im selben Atemzuge zu erklären, „hier können wir leider nichts mehr unternehmen", da die Zahlstelle bei einigen ähnlichen Fällen schon die Termine verloren hätte. Das wäre für den Verband zu kostspielig. Diese Meinung vertrat auch der Vorsitzende Schreiber. Beide sind stramme Sozialdemokraten.

Jungarbeiter, duldet nicht die Abwürgung unseres Kampfes durch die wirtschaftsfriedlichen Gewerkschaftsbonzen mit ihren reformistischen Funktionären. Fordert vom Steinarbeiterverband einen energischen Kampf für eure gerechten Forderungen. Organisiert euch noch heute im Kommunistischen Jugendverband, denn nur die politische Macht sichert euch einen siegreichen Kampf gegen das Unternehmertum.

Liegnitz

Die „neugierigen Kommunisten"

möchten gern vom Herrn Panzerkreuzerkollegen Kirchner, dem Direktor des Arbeitsamtes, eine Antwort auf folgende Anfrage haben: Ist der Angestellte Robolski wegen Trunkenheit entlassen, und wann wird er wieder eingestellt? Wir wissen, daß er schon einmal entlassen und wieder eingestellt worden ist. Bewahrheitet es sich, daß seinen guten Bekannten zuviel Gelder ausgezahlt wurden, die R. dann mit denselben versoffen hat? Weiter — haben Sie, Herr Kirchner, auf eine persönliche Anfrage erklärt, daß R. geschont werden soll, angeblich weil er drei Kinder hat? Wir erwarten Antwort, weil die breite Oeffentlichkeit ein Interesse an der Klärung hat. Wollen Sie sich noch einmal, wie im Fall Gr., vom Gericht bescheinigen lassen, daß im Arbeitsamt Sauzustände herrschen?

In der allgemeinen Bolschewistenhetze darf natürlich das Liegnitzer Tage(lies: Käse)blatt nicht fehlen. Täglich werden denen, die nicht alle werden, mehrere solche Artikel aufgetischt. In einem Artikel: „Schule des Kommunismus — es wird immer toller", berichtet das Blatt, daß 100 (!) Jugendliche in Berlin Scheiben einschmeißen und dabei 14 Personen zwangsgestellt und der „Abteilung 1A" zugeführt wurden. Es ist dies unserer Meinung nach eine schamlose Respektlosigkeit, die sich Zörgiebel nicht gefallen lassen wird. Seit wann ist das Polizeipräsidium ein Eselstall? Sollte Zörgiebel nicht dementieren, so wissen wir nun, daß es keine 1A-, sondern nur noch eine IA-Eselabteilung gibt.

ERZA ERZARDG ERZA B RDGD ERZA RDGD ERZATEM

Oberschlesien

Franz, Oberbürgermeister von Hindenburg!

Hindenburg, 21. Februar.

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung nahm die Wahl des neuen Oberbürgermeisters vor. Der Wahlausgang stellt eine große Ueberraschung für die Oeffentlichkeit dar. Nachdem bis zuletzt der vom Zentrum präsentierte Kandidat Dr. Fischer als aussichtsreichster Bewerber bei dem Stichhandel galt, bei dem man mit den Sozialdemokraten auch schon so ziemlich einig geworden war, muß im letzten Augenblick im Drang nach der Futterkrippe ein neues Moment aufgetaucht sein, das den Sozialdemokraten Veranlassung war, auch für den zweiten Wahlgang ihre Kandidatur aufrechtzuerhalten. Und siehe da, er erhielt 22 Stimmen, während der Zentrums-Fischer 19 und der von der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion vorgeschlagene Genosse Gwodz 6 Stimmen erhielt. Franz war damit zum Oberbürgermeister von Hindenburg gewählt.

Vorher war der kommunistische Antrag, die Stelle des Oberbürgermeisters überhaupt nicht zu besetzen und die dadurch eingesparten Mittel zur Linderung der Not der Hindenburger werktätigen Bevölkerung zu verwenden, abgelehnt worden. Im ersten Wahlgang hatten erhalten: Fischer 19, Franz 14, der Stadtkämmerer Schilling 8 und Genosse Gwodz 6 Stimmen. — Wir werden morgen ausführlich zu der Stadtverordnetenversammlung Stellung nehmen, wenn ein eigener Bericht unserer Genossen vorliegen wird.

Nachstehender Bericht wurde vor der gestern erfolgten Wahl geschrieben:

Vor einigen Tagen lud der Zentrumsstadtverordnetenvorsteher Siara die Stadtverordneten der Stadt Hindenburg in das Bismarck-Zimmer des Kasinos Donnersmarckhütte zu einer unverbindlichen Aussprache ein. Der Zweck war der, daß der von der Zentrumsfraktion nominierte Kandidat für die Oberbürgermeisterwahl, Vizepräsident Dr. Fischer-Oppeln, sich den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung vorzustellen geruhte.

Zu solch einem „unverbindlichen Vorstellen" müssen wahrscheinlich die Leute und die, die es in Szene setzen, eine unglaubliche Todesverachtung, Mut und Tapferkeit besitzen. Bei der Hindenburger Zentrums- und SPD.-Allianz scheint aber das Gegenteil zu herrschen, nämlich Feigheit und Furcht. Etwa 25 Schupisten hielten das Kasino von innen und außen den ganzen Nachmittag besetzt. SPD.-Bürgermeister Franz betrat den Sitzungssaal sichtlich etwas erregt, und sein Gesicht war blaß, von wegen der Oberbürgermeister-Konkurrenz. kurrenz.

Nach Eröffnung der unverbindlichen Sitzung übergab Stadtverordnetenvorsteher Siara dem Vizepräsidenten Dr. Fischer zu seiner Erklärung das Wort. Fischer sprach über die Selbstverwaltung der Kommunen, Wohnungsbau, Verkehrsfragen und Wegebau. Volksschulen moderner Art müßten gebaut werden, Jugendpflege, Wohlfahrtsverwaltung usw. müßten ausgebaut, Mittel und Wege müßten gefunden werden zum Zusammenschluß der Städte Hindenburg, Gleiwitz und Beuthen. Zu dem Wohnungselend machte er die Bemerkung, daß man von einer Frau oder einem Mann eine Staatsgesinnung nicht verlangen könne, wenn er keine oder nur eine schlechte Wohnung habe.

Die Arbeiter von Hindenburg brauchen keinen Oberbürgermeister, sie verlangen Streichung der Stelle und Ueberweisung der Mittel für den Wohlfahrtsetat.

Gewerbelehrer Tietze, chronischer Kommunistenfresser und Prügelmeister

Gewerbelehrer Tietze, der den Jungarbeitern schon oft bewiesen hat, daß er rücksichtslos für die Interessen des kapitalistischen Staates kämpft, leistete wieder mal ein Bravourstückchen, das klar und deutlich zeigt, daß diesem Herrn alles daran liegt, die Jungarbeiter zu willigen Sklaven des Kapitals zu erziehen.

Der Jungarbeiter U. war in der Zeichenstunde mit dem Zeichnen vor der Zeit fertig gewesen, und ging zu einem Schüler, um ihn etwas zu fragen. Der Lehrer, „empört" über das Benehmen des Schülers, lief aufgeregt zu diesem hin und hieb ihm ein paar Maulschellen herunter. Der Schüler stand zuerst ganz verdutzt da, dann raffte er sich auf und fragte den Lehrer, warum er ihn denn eigentlich geschlagen habe. Darauf sagte der Lehrer, daß er das früher nie gemacht hätte, als der Schüler noch kein Kommunist war. Der Schüler entgegnete darauf: „Das ändert doch nichts an der Tatsache, daß Sie mich unschuldig geschlagen haben." Der Lehrer gab ihm darauf nochmals mehrere Ohrfeigen, so daß der Schüler blutete. Selbstverständlich setzte sich der Schüler nunmehr zur Wehr, worauf der Lehrer dann wie sinnlos auf den Schüler einschlug.

Jungarbeiter! Laßt euch die Prügelhelden nicht gefallen! Wehrt euch gegen sie! Ihr seid Menschen und kein Vieh, das sich wehrlos totschlagen lassen muß!

Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung. Sonntag, den 23. Februar, um 15 Uhr, im Gewerkschaftshaus Zaborze (Zimmer b), Generalversammlung. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht, daß alle Genossen und Genossinnen restlos erscheinen. Die noch nicht abgeholten Mitgliedsbücher gelangen gleichfalls zur Ausgabe.

Gleiwitz

Mitglieder der Roten Hilfe!

Sonnabend, 22. Februar, 19 Uhr, findet im Lokal „Stadt Wien" eine Mitgliederversammlung statt. Der Wichtigkeit wegen sind sämtliche Mitglieder verpflichtet, pünktlich zu erscheinen.

Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung. Sonnabend, den 22. Februar, um 20 Uhr, im Vereinslokal, Gewerkschaftshaus, Einsiedelstraße, Diskussionsabend mit Referat. Gäste sind willkommen.

Neustadt

Ausgesteuertenversammlung kampfentschlossen

Am Sonnabend versammelten sich die ausgesteuerten Erwerbslosen, um zu dem vom Stadtparlament beschlossenen, aber bisher noch nicht durchgeführten kommunistischen Antrag auf 50prozentige Erhöhung der Wohlfahrtsunterstützung Stellung zu nehmen. In längerer Rede schilderte Genosse Brix die zunehmende Verelendung der Arbeiterschaft und zeigte klar auf, daß nur geschlossener Kampf mit der KPD. dem Elend Einhalt gebieten kann. Die ausführliche Diskussion bewies, daß die Ausgesteuerten gewillt sind, sich ihr Recht zum Leben zu erkämpfen. Es wurde ein Ausschuß gewählt, unter dessen Führung die Ausgesteuerten ihre Forderungen um Arbeitsbeschaffung und höhere Unterstützung durchzusetzen gedenken.

Ratibor

Ratiborer Erwerbslose gegen Belagerungszustand

Folgende Resolution wurde in der Erwerbslosenversammlung angenommen: „Die Erwerbslosen von Ratibor protestieren aufs schärfste gegen den Belagerungszustand und gegen die Gummiknüppelattacken der Zörgiebel-Soldateska, die sich anläßlich der Hungermärsche der Erwerbslosen im ganzen Reiche ereigneten. Sie brandmarken das arbeiterverräterische Verhalten der Sozialdemokratie, und wenden sich mit Abscheu von der Partei des Sozialfaschismus. Sie erklären sich solidarisch und geloben, gemäß dem Vorbild ihrer Brüder im Reich den Kampf aufzunehmen für Arbeit und Brot, für den Siebenstundentag, für ausreichende Unterstützung. Sie fordern Abbau der Riesengehälter der höheren Beamten. Sie protestieren aufs schärfste gegen die sowjetfeindliche Hetze von Staat und Kirche, und erklären feierlichst, das Land der Arbeiter und Bauern, das Vaterland aller Werktätigen, zu schützen.

Entlassungen beim Marstall

In Ratibor fängt man wieder am falschen Ort zu sparen an, das heißt, man fürchtet den Abbau von oben herab, und deshalb ist die Marstallverwaltung bemüht, durch Arbeiterentlassungen „vorbildlich" vorangehen. Wie uns mitgeteilt wird, sollen in kurzer Zeit 20 Arbeiter entlassen werden. Wir fordern, daß diesem falschen Sparsystem ein Ende gesetzt wird, da es sich bei den zu Entlassenden durchweg um Familienväter mit mehreren Kindern handelt, die schon jahrelang im Dienste der Stadt stehen. Es ist immer ein und dasselbe Lied: Man soll da anfangen zu sparen, wo es angebracht ist. Abbau von oben, jene, die mit Tausenden nach Hause gehen!

*

Die Betriebseinstellungen und Arbeiterentlassungen nehmen in Ratibor immer größeren Umfang an. Wie weiterhin gemeldet wird, beabsichtigt die Chamottefabrik auf etliche Monate den Betrieb zum größten Teil einzustellen. Ferner will auch die Carbonfabrik den Betrieb stillegen. Die Speicher und Lager sind voll. Das kommt daher, weil man vorher Ueberschichten gearbeitet hat.

Ein Opfer des Dr. Gloß

Wir haben vor einigen Tagen über Dr. Gloß vom Zentrum geschrieben. Er wollte, da es auf Wohlfahrtskosten ging, bei einer Frau auf keinen Fall eine Krankheit feststellen. Nun ist die Frau gestorben! Ist das nicht Mord an der Frau, die ihr ganzes Leben lang schwer gearbeitet hat, und nun nicht mal einen vernünftigen Arzt bekommt, weil sie ihn nicht bezahlen kann? Dr. Gloß sorgt eben für die Pfaffen, damit die wieder etwas verdienen, denn das Leben ist schwer, und es gibt Leute, die gesund sind, warum können da nicht alte Leute verrecken? Das ist das Ende, das man für das Alter zu erwarten hat, wenn wir nicht dafür sorgen, daß dieses System mit der Wurzel ausgerottet wird.

Groß-Strehlitz

Die Zustände bei der Volksküche

Die hiesige Volksküche speist täglich 300 Personen. Wie sieht es aber dort aus? Der weiße Deckenanstrich ist zum Teil heruntergefallen. Da kein Ventilator vorhanden ist, steigen beim Oeffnen der Kessel die Dämpfe an die Decke. Dadurch löst sich mit der Zeit der Putz und das weiße Zeug fällt in die Kessel. Vielleicht soll das ein Ersatz für das Fett sein. Die Wände sind ungeweißt. — Am Sonntag findet um 17 Uhr eine Stadtverordnetensitzung statt; in derselben soll eine Beihilfe von 120 Mark für die Musikkapelle beschlossen werden, die für vier Ringkonzerte dienen soll. Die Erwerbslosen hungern und frieren, hier aber sollen 120 Mark für Musik hinausgeworfen werden. Wir verlangen vom Magistrat, daß die 120 Mark zur Renovation der Volksküche verwendet werden!

*

Wenn erwerbslose Familienväter aufs Wohlfahrtsamt kommen und eine Eßkarte verlangen, werden sie nach dem Karitassekretariat verwiesen. Vielleicht ist das Wohlfahrtsamt pleite, oder hat seine Funktion der Karitasverband übernommen?

Der Landesschützenverein

veranstaltet am Sonnabend einen Faschingsrummel, um die Not der Arbeiter auszunutzen und sie wieder für ihre schamlosen Taten zurückzugewinnen. Alle Arbeiter, die mit diesem Gesindel Schluß gemacht haben, daß am Blute der Arbeiter saugt, haben Einladungen erhalten. Bei Bier und Wein wollen sie die Arbeiter wieder betören. Aber weit gefehlt, ihr Nowack, Smanolschick und Co., die Arbeiter haben erkannt, daß nur in geschlossener Front aller Unterdrückten unter Führung der KPD. die Befreiung der deutschen Arbeiter gelingen wird.

Ueberfallkommandos

der Polizei werden von der sozialfaschistischen Bürokratie

in Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen

gerufen, um die Aufstellung einer roten Kandidatenliste zu den Betriebsratswahlen zu verhindern.

Nun erst recht!

Vertreibt die sozialfaschistischen Nutznießer der kapitalistischen Ausbeutergesellschaft aus den Positionen im Betrieb!

Rüstet zum Internationalen Erwerbslosentag!

Wählt rote Betriebsräte!

„Der stille Don"

Kosakenroman

von Michael Scholochow

Copyright by Verlag für Literatur und Politik Berlin-Wien

81)

Pjetro bastelte lange an dem Kreuz herum, an dem Gebet und an Mutters Segen, die er in ein Säckchen eingenäht an einer Seidenschnur trug. Er steckte alles unter sein Hemd und ging ins Wasser. Mit ängstlichem Widerwillen befeuchtete er Brust und die Schultern und tauchte unter. Er schwamm Grigorij nach. Sie trennten sich von den anderen und schwammen zum gegenüberliegenden, sandigen, mit Gesträuch bewachsenen Ufer. Das Schwimmen kühlte, beruhigte, Grigorij machte weitausholende, gleichmäßige Bewegungen und sprach jetzt beherrscht und ohne die frühere Leidenschaftlichkeit.

„Die Läuse fressen mich auf ... und eine Sehnsucht ... Ich möchte jetzt nach Hause ... hätte ich Flügel, würde ich hinfliegen. Wenn ich nur mit einem Auge hinblicken könnte ... Wie geht es dort?"

„Natalja ist bei uns."

„Nun?"

„Sie lebt ..."

„Und Vater und Mutter?"

„Denen geht es gut. Natalja wartet noch immer auf dich. Sie glaubt fest daran, daß du zu ihr zurückkommen wirst."

Grigorij prustete, spuckte schweigend das Wasser, das ihm in den Mund geraten war, aus. Wandte den Kopf weg. Pjetro versuchte, ihm in die Augen zu schauen.

„Laß sie wenigstens in den Briefen grüßen ... Das Weib verzehrt sich doch nach dir ..."

„Was soll das ... will sie etwas Zerrissenes zusammenflicken?"

„Ja, was kann man da sagen ... ein Mensch lebt doch nur von seiner Hoffnung. Ein feines Frauenzimmer! Streng ist sie. Paßt auf sich auf. Nicht den geringsten Leichtsinn kann man ihr nachsagen.

„Sie sollte heiraten."

„Wie du sprichst! ... komisch! ..."

„Warum ist das komisch? So ist es eben."

„Nun, das ist eure Sache, ich mische mich da nicht hinein."

„Und Dunjaschka?"

„Oh, die ist in diesem Jahre so groß geworden. Du wirst sie nicht erkennen ... heiratsfähig ist sie schon ..."

„Was du sagst", sagte Grigorij erfreut und erstaunt.

„Ehrenwort! Ja, man wird sie verheiraten, und wir werden nicht einmal die Schnurrbärte in den Schnaps tauchen ... Man wird uns hier erschlagen ... hol sie der Teufel!"

„Das ist schon möglich."

Sie schwammen ans Ufer, legten sich auf dem Sand nebeneinander, wärmten sich in der immer heißer werdenden Sonne. Mischka Korschunow schwamm an ihnen vorbei.

„Komm ins Wasser, Grischka!"

„Laß mich noch ein wenig hier liegen!"

Grigorij grub einen kleinen Käfer in den Sand und fragte:

„Was hast du von Aksinja gehört?"

„Ich habe sie vor der Kriegserklärung einmal im Dorf gesehen."

„Was hat sie dort gesucht?"

„Sie ging zu ihrem Mann, um ihre Sachen zu holen."

Grigorij hüstelte, begrub endgültig den Käfer, indem er einen Haufen Sand auf ihn schüttete.

„Hast du mit ihr gesprochen?"

„Ich hab sie nur begrüßt, sie steht gut aus, ist lustig. Das herrschaftliche Brot scheint ihr zu bekommen ..."

„Und Stepan?"

„Der hat ihr alle ihre Sachen gegeben. Er hat sie gut behandelt. Aber du, Grigorij, hüte dich vor ihm! Mir haben Kosaken erzählt, daß Stepan, als er betrunken war, gedroht hat: die erste Kugel, sagte er, wird dir gelten ..."

„So! ..."

„Er hat dir nicht verziehen."

„Das weiß ich."

„Ich habe mir ein Pferd gekauft," Pjetro ging zu einem anderen Gespräch über.

„Habt ihr die Ochsen verkauft?"

„Ja, für hundertachtzig Rubel, hundertfünfzig hab ich für das Pferd gezahlt. Es ist nicht schlecht."

„Wie steht das Getreide?"

„Gut. Wir kamen aber nicht dazu, die Ernte einzuholen. Mußten einrücken."

Das Gespräch drehte sich jetzt um die Wirtschaft und verlor die unnatürliche Gespanntheit. Grigorij sog gierig alle Neuigkeiten in sich ein, lebte in diesem Augenblick mit ihnen, war wieder der alte Grigorij, der einfache, geschickte und tüchtige Bursche.

„So ... komm, ziehen wir uns an," schlug Pjetro vor und strich den Sand vom feuchten Leib. Auf Rücken und Armen hatte die Sonne Blasen gezogen.

Sie gingen zusammen mit vielen anderen Kosaken vom Teiche fort. Vor dem Zaun, der den Garten vom Hofe trennte, holte sie Stepan Astachow ein. Er kämmte im Gehen den dichten Haarschopf mit einem Hornkamm und schob ihn, als er an Grigorij vorbeikam, unter die Mütze.

„Guten Tag, Freund!"

„Guten Tag," Grigorij blieb stehen, sah ihn mit einem etwas schuldbewußten Blick an.

„Hast du mich vergessen?"

„Fast ..."

„Ich denke aber immer an dich," Stepan lächelte spöttisch, ging, ohne stehenzubleiben, weiter und legte den Arm um die Schulter eines Kosaken, der vor ihm ging und die Gefreitenstreifen auf den Achselklappen trug.

Als es dunkelte, kam ein Telephonogramm vom Divisionsstab, sofort in die Feuerlinie einzurücken. Das aufgefüllte Regiment machte sich in einer knappen Viertelstunde marschbereit und ging singend, jene Lücken auszufüllen, die die ungarische Kavallerie in die Front gerissen hatte.

Beim Abschied schob Pjetro dem Bruder ein zusammengefaltetes Blatt Papier in die Hand.

„Was ist das?" fragte Grigorij.

„Ich habe ein Gebet für dich abgeschrieben. Nimm's ..."

„Hilft das?"

„Lach nicht, Grigorij."

„Ich lache nicht."

„Leb wohl, Bruder, bleib gesund. Dräng dich nicht vor, der Tod zeichnet gerne die allzu Hitzigen ... Gib acht auf dich!" schrie Pjetro ihm nach.

„Und das Gebet?"

Pjetro machte eine abwehrende Handbewegung.

Bis elf Uhr ritten sie, ohne Vorsichtsmaßregeln zu treffen. Später erteilten die Wachtmeister allen Abteilungen den Befehl: Stille muß gewahrt werden, das Rauchen ist sofort einzustellen!

Ueber dem fernen Wald stiegen im frühigen, klablauen Rauch Raketen hoch.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich für den politischen Teil: Ernst Schneller, Berlin; für den Provinzteil (außer Oberschlesien) Rudolf Brandt, Breslau; für Oberschlesien Fritz Sendralski, Gleiwitz.

Betriebsrätewahlen 1930

eine entscheidende Auseinandersetzung zwischen revolutionärem Klassenkampf u. Sozialfaschismus

Arbeiterkorrespondenten, vor die Front, berichtet aus allen Betrieben!

Protest der oberschlesischen Betriebsbelegschaften

Hindenburg, 21. Februar. Am Mittwoch früh nahmen die Belegschaften der Luisengrube Ostfeld und Hermannschacht zu dem brutalen Schandstreich der Zörgiebelkosaken in Berlin Stellung. Die kurzen Ausführungen der Redner wurden begeistert aufgenommen. In einer Entschließung gelobten die Grubenkumpels, sich hinter die KPD. als die Führerin der ausgebeuteten Klasse zu stellen und mit ihr den Kampf gemeinsam gegen Young-Diktatur und Faschismus zu kämpfen.

Proleten der anderen Betriebe, habt ihr schon Stellung zu dem brutalen Vorgehen der Polizei in Berlin genommen? Wenn nicht, so muß es umgehend geschehen.

Die französische Regierungskrise

Paris, 20. Februar. Die „Humanité“ schreibt, die gegenwärtige Regierungskrise kann nicht als parlamentarische Episode betrachtet werden. Sie ist die Widerspiegelung der außerordentlichen Schwierigkeiten, die gegenwärtig den französischen Imperialismus bestürmen. Dieser sieht sich genötigt, der Wirtschaftskrise Rechnung zu tragen, die sich weiter zuspitzt, und im Innern zu Maßnahmen Zuflucht zu nehmen, um die eroberten Märkte zu sichern und weiter auszubauen. Dabei stößt er auf den revolutionären Aufschwung des Proletariats und auf die Unzufriedenheit auch unter den kleinbürgerlichen Massen, während sich im internationalen Maßstabe die Widersprüche bei der Erschließung neuer Absatzquellen entwickeln. Die kapitalistische Diktatur bedarf gegenwärtig einer geeigneteren Handhabe, um ihren Plan der Rationalisierung, der Verfolgung und der Kriegsvorbereitung durchzuführen. Das Zentralorgan der KPF. fordert das Proletariat auf, seinen Kampf für seine unmittelbaren Forderungen zu verstärken, und den Endkampf für die einzige entschiedene Lösung — den Sturz der Bourgeoisie — mit verzehnfachten Anstrengungen zu betreiben.

Breslauer Lokal-Nachrichten

Galgenhumor der Erwerbslosen

Wie uns mitgeteilt wird, prangte in der Blockstelle IV (Gräbschen) des Wohlfahrtsamtes ein Plakat folgenden Inhalts:

Bekanntmachung!

Die städtischen Beamten haben, um die Notlage der Beamten etwas zu mildern, ein volles Monatsgehalt freiwillig abgetreten. Dieser hochherzige Beschluß der selbst notleidenden städtischen Beamtenschaft ergab den ansehnlichen Betrag 2 Millionen Papiermark.

Galgenhumor der Erwerbslosen! Es soll einige Beamte gegeben haben, die trotzdem sehr wütend waren und sich verhöhnt fühlten. Das Plakat scheint demnach auf die Richtigen gewirkt zu haben.

Dr. Fritz Sternberg

spricht heute, Freitag, 20 Uhr, über „Amerika und die Weltkrise“ in der Aula der Cecilienschule, Taschenstraße. Sonnabend, 20 Uhr, über „Der deutsche Kapitalismus der Nachkriegszeit“ in der Aula der Cecilienschule. Montag, 20 Uhr, über „Eindrücke aus Rußland“, im Zentralballsaal, Westendstraße. Eintrittspreis 30 Pf. Freie Aussprache!

Schauspielhaus. Täglich 20 Uhr Franz Lehars „Das Land des Lächelns“ mit Kammersänger Serge Abranovic, Erni Jolan und Trude Reiter in den Hauptrollen. Sonntag 14 Uhr „Rübezahl“, um 16½ Uhr Millöckers „Bettelstudent“.

Kattern. Selbstmord oder Unglücksfall. In der Nacht zum Donnerstag wurde der 51jährige Stellenbesitzer Reimann in Sillmenau in seinem im Dachgeschoß seines Grundstücks gelegenen Zimmer erschossen aufgefunden. Die Schußverletzung, ein Stirnsteckschuß, stammt von seinem eigenen Trommelrevolver. Die Waffe lag neben der rechten Hand der Leiche. Der Schuß ist aus allernächster Nähe abgegeben worden. Nach den bisherigen Feststellungen scheint Selbstmord, möglicherweise auch ein Unglücksfall, vorzuliegen.

1. Fortsetzung

„He, nun man zu“, schreit August, der Vormann: Ho—rück! Ho—rück! Doch der Waggon steht, steht wie ein Berg.

Dann schleicht sich aber Jakob wie eine Katze am Wagen entlang und hält auf einmal triumphierend den Holzknüppel hoch. Der Wagen fährt.

So einer ist Jakob.

Er steht an der Wage, läßt die Säcke vollaufen, schreit he und Hallo und noch einmal so laut, wenn der Herr Hafeninspektor sich nähert. Die Karrenschieber aber rennen hin, rennen her und haben es verflucht schwer, während Jakob an der Wage sein loses Mundwerk führt.

Doch an einem Tag, da lehnt sich der kleine, dürre Karrenschieber an die Waggontür, mit der ganzen rechten Hand bedeckt er die schmale, magere Brust, hustet und erbricht sich darauf. Ein großer runder Fleck von Schleim und Blut auf dem Wagenboden, Flecke an den Wänden und an den Säcken. Die Kameraden legen den kleinen Menschen wie ein kleines Häuflein Jammerwerk auf die erste Sackreihe, stecken ihm eine blaue Arbeiterbluse unter den Kopf und säubern mit einem bunten Taschentuch die Mundwinkel, Kinn und Hals und den Kragen.

Wilm tätschelt die bleichen Wangen des Kranken, spricht zärtlich mit ihm. ach, du kleiner Drehorgelmann, spucke die kranke Lunge aus und du wirst wieder gesund. Spucke ein wenig, noch ein Häufchen. So—so—so ist das Leben eines Proleten, er wird getreten und er tritt nicht wieder zurück. Er bricht bei der Arbeit zusammen, spuckt Blut und keiner hat Mitleid mit ihm — nein — er ist ein Esel, hü, hü. Ach, es gibt soviele Eseltreiber auf der Welt und soviele Esel, die langmütigsten Esel sind wir. O—o kleiner Drehorgelmann, wie hat das Leben dich zugerichtet.

Rund herum stehen die Kameraden — doch Jakob steht an der Wage, als ob er Furcht hätte, die Wage könnte davongehen. Hafenpolizisten, der Inspektor und Sanitäter vom roten Kreuz kommen mit August her, der sie zusammentrommelte, sie heben den kranken Jan auf eine Tragbahre und bringen ihn ins Hafenkrankenhaus.

Ein Mann fehlt in der Kolonne, doch die Arbeit steht nicht. Jakob hat schon längst wieder die Wage eingeschaltet, die Karrenschieber rennen hin und her, und werfen im Wagen selbst die Säcke hoch.

Zwei Stunden nachdem fragt ein stämmiger Mensch den Inspektor nach Arbeit. Jawoll, gleich könne er seine Aermel aufkrempeln und anfangen. „Gehn sie man zu den Sackschiebern dort, dort können sie einspringen!“ Aber erst fragt der Mensch nach dem Stundenlohn. Als ihm gesagt wurde, daß der 90 Pf. sei, meinte er: Das ist 20 Pf. weniger als die Hafenarbeiter verdienen.

„Das kann sein“, spricht der Inspektor: „wenn Sie nicht wollen, wir finden auch andere. Es sind genug da.“

Ja, es sind genug da, die für 90 Pf. arbeiten wollen, wenn er nicht will, kann er gehen. In der Stadt, wo man hinspuckt, spuckt man auf Arbeitslose.

Wie einfach ist das alles gesagt für einen Inspektor, der sein gutes Auskommen hat Für den Heinrich ist es aber eine verdammte Sache. Er muß schon zufassen wenn er nicht ganz unter die Räder kommen will, er will verdiente Groschen in der Tasche haben, mal wieder mit Geld klimpern, als bei den Schmusjes der Schiffe um Mittagessen fechten und in der Stadt sein Schlafgeld für die Penne zusammenkrampfen.

Heinrich geht und meldet sich bei August dem Vormann, und dann schiebt er der Karren her und hin. Nach zehn Minuten schon rinnt ihm der Schweiß über Nasen und Wangen, und die Tropfen fallen, wenn er das Blech des Karrens unter den Sack schiebt, auf Jakobs vorgestellten Fuß Und schon nach zehn Minuten kennt er seine Genossen, weiß er, warum der Jakob an der Wage steht, die Arbeiter hin und her anschnauzt und Gerstenkörner kaut

Heinrich kommt aus Sonne und Wind der Landstraßen, direkt aus der Freiheit, in der man weiter niemand zu gehorchen braucht als seinem Magen, und sich, so gut wie es geht, vor den Gendarmen in acht nimmt. Er kommt aus seiner großen Selbständigkeit zu Arbeitern, die sich gegenseitig das Leben schwer machen, wo einer den andern fürchtet und aufpaßt, daß er den Bogen mit Jakob nicht überspannt.

„Na, Jakob, steh'n die Schweinepreise gut?“

„Jawoll, nichts zu klagen, 78 Mark ein Zentner Lebendgewicht“, erwidert Jakob.

„Ein guter Preis. Die Bauern verdienten bisher nicht viel an ihren Schweinen“, schreit Wilm.

Jakob: „Der Roggenpreis aber schlecht.“

„Na, alles kann aber nicht gut steh'n, mein Lieber“, spricht Wilm aus der Waggontür.

So endeten meistens die Redereien mit Jakob, oft sprach man zu ihm auch über die Frauen, schmutzige Worte meistens, und auf Jakobs Scheu vor Frauen zielend.

Der dicke Aufwerfer Wilm führte auch hier das Wort. Er fragte Jakob nach der Sache mit der Großmagd.

„Was sagte die Grietje denn, wie sie auf einmal zu dir hereinkam?“

Spricht Jakob: „Es war dunkel, sie hatte Furcht vor Gespenstern.“

Nicht gerne ging Jakob auf diese Geschichte ein, die er leichtsinnig und in seiner Unschuld in einer Mittagspause erzählte.

„Waren denn das nicht die Knechte,“ lachte der dicke Wilm.

Jakob: „Ja, das waren die Knechte. Sie aber zitterte am ganzen Leibe.

Der dicke Wilm: „Und dann kam sie an dein Bett?“

„Ja.“

„Ach,“ schreit jetzt der Wilm, der dicke Aufwerfer und Spaßmacher: „War's Neumond, war's abnehmender Mond. Egal, sie wollte mal bei dir schlafen, Jakobchen; sie wollte einmal gekitzelt werden, doch Jakob wußte nicht, wo.“

Und Wilm trompetete sein Lachen aus der Waggontür und schrie dann den Sackbindern zu: „Stellt euch das vor, Jakob im Bett, die Magd, die Furcht vor Gespenstern hatte, neben ihm, und beide drehen sich die Rückseiten zu! O Jakob du Sohn einer blinden Kuh, ach, du Milchblut, du blöder Knabe!“

Doch wenn der Vormann August kam, schwieg auch Wilm, und August konnte kategorisch sagen: „Laßt den Jakob man in Ruh.“ Und Jakob schrie wieder sein „Hallo“ und „heh“, und alles ging seinen Gang.

(Fortsetzung folgt.)

Schauspielhaus
Tel. 35330 Operettenbühne Tel. 36 300
Täglich 8 Uhr
Der Welterfolg
Das Land des Lächelns
Operette von Franz Lehar
in der **Sensationsbesetzung**
Kammersänger
Serge Abranovic
Erni Jolan
Trude Reiter
Sonntag mittag 2 Uhr
Rübezahl
Nachmittag 4,30 Uhr
Der Bettelstudent

Der größte Sensat.-Film-Erfolg:
Maciste
in einem ganz neuen Film:
Der Postillon v. Mont-Cenis
und Big Boy Williams in
Die
Falschspieler von Mesquite
Ein noch nie dagewes. Programm!
Eintrittspreise 59 u. 60 Pf.
Odeon-Lichtspiele
Taschenstr. 28, an der Liebich-Höhe

EDEN-THEATER Nikolaistr. 27
Von Freitag, 21.2., bis Donnerstag, 27.2.
Das übermütigste Lustspiel
Der Witwenball
mit Siegfr. Arno, Fr. Kampers
Als zweite Überraschung
Das rote Brandmal
Ein Film voll Tempo und Spannung
Wochentags 5, 7, 9 Uhr / Sonntags 3, 5, 7, 9 Uhr

Kauft bei
Blasse
Blasse ist billig!
BRESLAU
Nur Graupenstraße 6/10

Nähmaschinen
Anker / Adler / Dürkopp / Kayser
Knopfloch- und Biesen-Maschinen für Schneider und Schuhmacher
Fahrräder, Sprech-Apparate
Reparatur-Werkstatt
Georg Greulich
Breslau, nur Hummerei 28 u. 52
Kleine Anzahlung
wöchentliche Abzahlung von 2.50 Mark

ZENTRAL-THEATER
Breslau VI, Westendstrasse 50
Telephon 234 29
Bis Donnerstag, den 27. Februar
Ernst Verebes / Margarete Schlegel
in
Der Zigeunerprimas
nach der weltbekannten Operette.
Ein Film erfüllt von köstl. Frische, jung Liebe u. feurig. Zigeunerweisen
Dazu:
Erotik
Die Erotik in der Ehe und in der freien Liebe.
Der gewaltige Sittenfilm mit:
Ita Rina — Olaf Fjord

ff. Fleisch- und Wurstwaren
empfiehlt
Georg Loebel
Breslau, Klosterstraße 85

M. Kricke
empfiehlt
Lebensmittel aller Art
Reelle Bedienung / Niedrigste Preise
Breslau, Löschstraße Nr. 17
9 Prozent Rabatt

Otto Kiersch, Breslau
Posenthaler Strasse 28
empfiehlt ff. Fleisch- und Wurstwaren

Billiger Fleisch-Verkauf!

Schweinefleisch	Pfd.	von 1.00 an
Schweinsschnitzel	Pfd.	1.60
Schweinskoteletts	„	1.40
Rindfleisch o. Knoch.	Pfd.	von 1.00 an
Suppenfleisch	„ „	0.80 „
Kalbfleisch m. Knoch.	„ „	1.20 „
Kalbfleisch o. Knoch.	„ „	1.40 „
Räucherfleisch	„ „	1.40 „
Pökelfleisch	„ „	1.30 „
Frischer Speck	Pfd.	1.10
Lungenfett	Pfd.	0.95
Schweinsköpfe mit Backe	Pfd.	0.60
Gepökelte Eisbeine	„	1.10
Rein. Schweine- u. Griebenfett	Pfd.	0.90
Gulasch	Pfd.	von 0.80 an
Gehacktes	Pfd.	von 0.80 an
Räucherspeck (deutsch)	Pfd.	1.20
Gekochter Schinken	¼ Pfd.	0.50
Roher Schinken	¼ „	0.55
Lachsschinken	¼ „	0.55
Preßkopf, Mortadella	¼ „	0.30
Prima harte Dauerwurst	Pfd.	v. 1.80 an
Mettwurst	¼ Pfd.	0.30—0.40
Braunschweiger	¼ Pfd.	0.25—0.35
Leberwurst	¼ Pfd.	0.15—0.40
Preßwurst	¼ Pfd.	0.15—0.25
Polnische	Pfd.	0.90—1.20
Knoblauchwurst	Pfd.	0.70—1.00
Feinster Aufschnitt	¼ Pfd.	0.45
ff. Italienische Salat	¼ Pfd.	0.20

Geräuch. Bratwurst Paar von 20 Pf. an
sowie alle anderen **Fleisch- u. Wurstwaren** zu niedrigsten Preisen empfiehlt
Adolf Weiß
Fleischerei und Wurstfabrik, Breslau
Moltkestraße 13 / Fernspr. 25 669

Inserate
haben in unserer Zeitung
besten Erfolg

Café Jonda
Gleiwitz
Angenehmer Familienaufenthalt
Täglich Künstler-Konzert

3 Läden
sorgen in bester Weise für Ihr leibliches Wohl:
Ring 8b
Wilhelmstraße 1
Germaniaplatz 5
Karl Gmyrek, Gleiwitz